



# Politische Berichte

Nummer 24 / 13. Jahrgang

20. November 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

**Kohl reist nach Ankara. Die großdeutsch-großtürkische Allianz ist kriegstreibend und bedeutet Völkermord.**

Anfang des nächsten Jahres will Bundeskanzler Kohl nach Ankara reisen. Das verlautet aus dem Bundespresseamt. Die „Irritationen“ zwischen der Bundesregierung und der türkischen Regierung in Ankara, die mit dem Rücktritt Stoltenbergs und der zeitweiligen Unterbrechung der Waffenlieferungen aufgetreten waren, sind überwunden. Zu schwach war die Unterstützung in der deutschen Öffentlichkeit für die kurdischen Vereine in der BRD, die seit Jahren gegen diese Waffenlieferungen protestiert hatten. Inzwischen sind die Waffenlieferungen in vollem Umfang wieder aufgenommen. Allein in diesen Tagen sollen 13 Phantom-Aufklärungsflugzeuge an die Türkei ausgeliefert werden, angeblich zur Grenzsicherung. Aber türkische Militärs haben sich bereits nach Bombenabwurfteinrichtungen für die Maschinen erkundigt. Man muß also befürchten, daß auch diese Waffen schon bald gegen die kurdische Bevölkerung zum Einsatz kommen.

Zumal der neue Außenminister Kinkel selbst die offensichtlichen Beweise für den Einsatz deutscher Waffen gegen kurdische Zivilpersonen und die kurdische Guerilla in einer Unverfrorenheit ignoriert, als schere ihn alles Völkerrecht einen Dreck. Der neue Verteidigungsminister Rühe betreibt sogar den Ausbau der Waffenhilfe: Um Störungen der militärischen Zusammenarbeit zu vermeiden, so Rühe bei seinem Besuch in Ankara vor wenigen Tagen, sollen sich künftig die Leiter der Planungsabteilungen beider Verteidigungsministerien regelmäßig beraten. In der Presse werden schon gemeinsame „Interessengebiete“ aufgezählt: Aserbeidschan, die Ölgebiete bei Baku, Kasachstan usw.

Tatsächlich wecken die Großmachtträume der Regierung Demirel in Richtung der sogenannten „Turk-Staaten“ der früheren Sowjetunion bei der Bundesregierung und den BRD-Konzernen alte Begehrlichkeiten. Eine großdeutsche-großtürkische Allianz droht wieder aufzuleben. Zumal die türkische Bourgeoisie allein gar nicht in der Lage ist, sich diese Staaten zu unterwerfen. Sie kann nur den Weg freimachen für westliche Konzerne und dann hoffen, an den Geschäften beteiligt zu werden. Eine klassische Kompradorenposition also. In dieser Allianz wollen die BRD-Konzerne möglichst das Hauptgeschäft machen.

In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* sprach der türkische Pre-

## Brandstifter bekämpfen: Keine Waffen in die Türkei!

mier genau diese Großmachtallianz bei der Staaten an, als er der Zeitung erklärte: „Deutschland ist unser großer Freund. Deutschland und die Türkei werden zusammenarbeiten und teilhaben an der Gestaltung des neuen Europa. Und dann ist da noch Eurasien. Wir können nicht nur in Europa zusammenarbeiten, sondern auch in diesen Ländern, vom Atlantik bis zur Chinesischen Mauer. Ich glaube, daß wir beide — Deutschland und die Türkei — verantwortlich sind für Sicherheit und Frieden in Europa, im Nahen Osten und in der Welt... Die Türkei kennt den Wert der türkisch-deutschen Freundschaft, und ich glaube, Deutschland kennt ihn auch.“ (SZ, 11. 11. 1992)

Die hier angesprochene großdeutsch-großtürkische Allianz hat eine blutige Geschichte. Im ersten Weltkrieg versuchte der deutsche Imperialismus, mit dem osmanischen Reich gemeinsam den Zarismus zu schlagen und den Nahen Osten zu unterwerfen — glücklicherweise vergebens. Vor und während des zweiten Weltkriegs versuchte dann der deutsche Faschismus, an dieser Tradition anzuknüpfen. Verhandlungen des damaligen deutschen Botschafters in der Türkei, des Ex-Reichskanzlers von Papen, mit pantürkischen Kreisen für eine gemeinsame Allianz gegen die Sowjetunion und mit der türkischen Regierung über Durchmarschrechte für die Wehr-

macht beim Angriff auf die Ölgebiete im russischen Baku blieben aber erfolglos.

Stets ging es bei diesen Allianzen um den Raub von Rohstoffen, insbesondere von Öl. Und jedes Mal führte diese großdeutsch-großtürkische Allianz auch zu furchtbaren Massakern an den Völkern, die diesen Raubabsichten im Wege waren. Die Massaker an Kurden, der millionenfache Mord an den Armeniern im ersten Weltkrieg, dann wieder an Kurden sind die blutige Spur dieses „Bündnisses“. Heute richtet die türkische Armee wieder mit deutschen Waffen Massaker an Kurden an. Und auch in Richtung Armenien haben türkische Militärs wieder deutliche Drohungen ausgestoßen.

Die deutsche Waffenhilfe soll diesen aggressiven Drohungen die benötigten Gewaltmittel zur Hand geben. Den jetzt wahrscheinlich schon ausgelieferten 13 Phantom-Jägern sollen weitere 33 folgen. Gleichzeitig gehen die Lieferungen von Panzern, Munition und Handfeuerwaffen aller Art aus der BRD an das türkische Militär unvermindert weiter. Zugleich nehmen auch die Stimmen zu, die in der Öffentlichkeit die Niederschlagung kurdischer Aufstände als „legitime Verteidigungshandlung“ der Türkischen Republik rechtfertigen. Die FAZ beispielsweise gab erst letzte Woche einem Kölner Professor Fastenrath spaltenlang Raum, um die türkische Militär-

aggression gegen Südkurdistan als „Abwehr von Terrorakten“ zu verteidigen. Zu befürchten ist, daß Kohl und Demirel ihr Treffen Anfang nächsten Jahres nutzen wollen, um weitere Waffengeschäfte gegen den kurdischen Befreiungskampf und andere Völker in der Region zu vereinbaren.

Mit ihrer andauernden Waffenhilfe für das türkische Regime rückt die BRD damit zum zweiten Mal in kurzer Zeit in die Rolle eines blutigen Brandstifters: Während der in Jugoslawien zur Zerstückelung des Landes von der BRD maßgeblich angezettelte furchtbare Krieg noch andauert, wird in Kurdistan der nächste Völkermord vorbereitet, ausgerüstet, bewaffnet. Der von der Regierung propagierte „Wiedereintritt der BRD in die Weltpolitik“ beginnt so gleich wieder mit Völkermord. Die antifaschistische und antiimperialistische Opposition in der BRD ist verpflichtet, ihren Widerstand gegen diesen blutigen Expansionskurs der Regierung Kohl zu verstärken. Die zunehmenden Beschlüsse in den Gewerkschaften für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes und gegen die Waffenhilfe der BRD an die Türkei sind dafür eine Ermutigung.

Quellen: *Süddeutsche Zeitung*, 11. 11. 1992; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 11. 1992; *Kurdistan-Rundbrief*, Ausgaben Nr. 23/92 und 24/92 — (rül)

### IG Metall gegen „Gesinnungsschnüffelei“

Der Kapitalistenverband BDI hatte vor, die IG Metall einzufangen und trug deshalb dick auf. BDI-Präsident Tyll Necker rief in einem Zeitungsinterview dazu auf, Extremisten wie Mitarbeiter zu behandeln, „die Frauen sexuell belästigen“. „Konkret heißt das: Entlassung“. Der Ansehensverlust der deutschen Wirtschaft, die gefährdeten Exportchancen und die zurückgehende Investitionslust ausländischen Kapitals erfüllten ihn mit Sorge. Die IG Metall, die sich in der Vergangenheit schon öfter von solchen staats- und wirtschaftstragenden Argumenten im Kampf gegen den „Extremismus von links und rechts“ gerne angesprochen gefühlt hat, reagierte zum Glück ablehnend. Das IG-Metall-Vorstandsmitglied Yilmaz Karahasan erklärte, eine Gesinnungsschnüffelei, mit der Personalchefs möglicherweise künftig in den Unternehmen nach Extremisten suchen könnten, sei für die Gewerkschaft nicht vorstellbar. — (alk)

### Fusion Grüne / Bündnis 90 gebilligt

Der Länderrat der Grünen hat die Vorschläge der Verhandlungskommission von Grünen und Bündnis 90 für einen Zusammenschluß beider Parteien gebilligt. Mitte Januar sind Delegiertenkonferenzen beider Parteien, auf denen der Vertrag und der Grundkonsens verabschiedet werden sollen. Danach findet in beiden Parteien eine Urabstimmung statt. Im Mai 1993 soll die Fusion durch eine Vereinigungsversammlung abgeschlossen werden. Vereinbart ist u.a., daß das Bündnis 90 mindestens drei Vertreter in den gemeinsamen Bundesvorstand entsendet sowie eine/n der zwei Sprecher/innen der Partei. Der Name der neuen Partei ist noch strittig. — (rül)

### WEU nimmt Türkei als „Beobachter“ auf

Auf der Außen- und Verteidigungsministerkonferenz der WEU diesen Freitag in Rom wird erstmals auch NATO-Generalsekretär Wörner teilnehmen: Signal für den Ausbau dieses EG-Militärpaktes in Europa. Auf der gleichen Sitzung soll die Türkei als „assoziiertes Mitglied“ aufgenommen werden. Die WEU tritt damit formell auf die Seite der Kolonialmächte in Kurdistan. — (rül)

### Türkische Regierung muß S. Waldberg freilassen!

Stephan Waldberg, freier Mitarbeiter von Radio Dreyeckland (alternativer Sender in Freiburg), wurde am 23. 10. von türkischen Militärbehörden bei der Wiedereinreise in die Türkei (vom Irak kommend) festgenommen. Von der kurdischen Stadt Şırnak wurde er nach Cizre verschubt, schließlich im Militärgefängnis von Silopi festgehalten. Anfang Dezember soll ein Verfahren in Diyarbakir gegen ihn eröffnet werden. Die türkische Staatsanwaltschaft wertet die mitgeführten Ton- und Bildmaterialien als „Propaganda der PKK“ und fordert fünf Jahr Haft. Radio Dreyeckland protestiert gegen den Prozeß, der darauf zielt, die Arbeit und Informationsbeschaffung von Journalisten praktisch zu verhindern und fordert die sofortige Haftentlassung. Eine Reihe von Organisationen und Einzelpersonen, darunter die Grünen, Abgeordnete der SPD, das Komitee zum Schutz von JournalistInnen, Amnesty International und Medico International unterstützen diese Forderung. Quelle: Erklärung von Radio Dreyeckland, *Süddeutsche Zeitung* — (evc)

### Verlagsmitteilung

Wegen steigender Kosten, u.a. Postgebühren, ist eine Anhebung des Preises der Politischen Berichte leider unabwendbar geworden. Ab 1. 1. 1993 kostet die Zeitschrift 2,00 DM (bisher 1,50 DM). Ein Jahresabonnement kostet 65 DM (bisher 52 DM), für Bezieherinnen und Bezieher im Osten steigt der Preis eines Jahresabos auf 39 DM (bisher 33,80 DM). Der Verlag

### 100 000 in Bonn gegen Asylabbau

Unter dem Motto „Grundrechte verteidigen, Flüchtlinge schützen, Rassismus bekämpfen“ demonstrierten 100 000 im Vorfeld des SPD-Bundesparteitages. Redner auf dem Hofgarten wandten sich gegen jegliche Zugeständnisse der SPD beim Asylrecht gegenüber der Regierungskoalition. Autonome und antiimperialistische Gruppen führten eine eigene Abschlussskundgebung durch. — (jöd, Bild: af/mz)



## Eine Demonstration der Macht

### Die BRD-Siegerjustiz verliert alle Maßstäbe

Rechtzeitig vor dem Prozeß gegen Honecker und andere fällte der Bundesgerichtshof (BGH) als höchste Instanz im ersten sog. „Mauerschützen“-Prozeß ein Grundsatzurteil: Zwar sei der Schußwaffengebrauch der jungen Männer durch das DDR-Grenzgesetz, so wie es in der Staatspraxis der DDR verstanden wurde, gedeckt gewesen — „richtig verstanden“ jedoch und „menschenrechtskonform“ ausgelegt, habe das Grenzgesetz ihr Handeln keineswegs gedeckt. Im Einigungsvertrag hatte die BRD zugestehen müssen, in der früheren DDR begangene „Taten“ nur nach DDR-Recht zu verfolgen. Mit dem Dreh der „richtigen“, naturrechtlichen Interpretation des geschriebenen DDR-Rechts versucht der BGH, die arglistige Täuschung seitens der BRD zu ummanteln und gleichzeitig den Weg für die „rechtsstaatliche“ Entfesselung der Siegerjustiz freizumachen.

Zwei Ziele des Prozesses gegen Honecker seien hier benannt. Erstens: Eine Propagandamaschinerie bemüht

sich, den Prozeß als Ausdruck dessen zu verkaufen, daß man Lehren aus der Geschichte gezogen habe. Der Fehler, den die Justiz bei der Behandlung der Nazi-Verbrecher gemacht habe, solle in Bezug auf die Funktionäre des realen Sozialismus nicht wiederholt werden. Diese scheinheilige Kritik der Nachkriegsjustiz betreibt in ihrer De-facto-Gleichsetzung von Faschismus und realen Sozialismus einen ungeheuren Geschichtsrevisionismus. Unter keinem Gesichtspunkt ist die DDR mit dem faschistischen Deutschland vergleichbar, wo mit dem Tode zu rechnen hatte, wer den Rassenwahnvorstellungen nicht entsprach, wer behindert war, wer Widerstand leistete, defätistisch „Wehrkraft zersetzte“... — und wo Millionen Menschen tatsächlich hingerichtet wurden.

Zweitens. Der BGH macht in seinem Grundsatzurteil faktisch ein „übersetzliches Recht“ geltend, an dem sich staatliches Handeln unabhängig vom geschriebenen Recht messen lassen muß. Das soll nicht grundsätzlich bestritten

werden. Aber staatliches Handeln der DDR unter solchen Gesichtspunkten zu beurteilen, steht den Bürgern der DDR zu — und nur ihnen. Die BRD hat nicht das geringste Recht zu richten. Sie richtet, weil sie die Macht hat. Sie ist als siegreiche Partei aus dem Kalten Krieg hervorgegangen, in dem sie den Versuch, im Osten Deutschlands eine andere, nichtkapitalistische Gesellschaft aufzubauen, von Anfang an und mit buchstäblich allen Mitteln bekämpfte. Im Prozeß gegen Honecker und die anderen ist von den Aggressionen der BRD gegen die Souveränität der DDR nicht die Rede, nur von Handlungen der DDR. Mittels ihrer Justiz setzt die BRD den alten Kampf mit anderen Mitteln fort. Diese Justiz besitzt nicht einen Funken Unabhängigkeit. Sie, die sich von den Traditionen faschistischer „Rechtsprechung“ nie so ganz hat lösen können, beschreitet mit dem BGH-Grundsatzurteil den Weg zu einer Aburteilungsjustiz, die willig die vorgegebenen politischen Kampfziele verfehlt. — (sec)

## Aktuell in Bonn

### Statistisches Jahrbuch

Das neue Statistische Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland ist erschienen. Das Ost-West-Gefälle ist extrem. Vom Bruttoinlandsprodukt von 2782 Milliarden DM sollen weniger als 7 Prozent aus den neuen Bundesländern stammen. Als Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer werden für Westdeutschland 3713 DM und für Ostdeutschland 1700 DM ausgewiesen. Bei den Haushalten wird als „mittleres Einkommen“ im Westen brutto 4905 und im Osten 2504 DM genannt. Der Sektor, wo angeblich der Osten boomt, im Bau, nennt auch ernüchternde Zahlen: Je „Ostdeutschen“ wurden 1991 2700 DM Bauinvestitionen getätigt, je „Westdeutschen“ waren es mehr als doppelt so viel.

### Bundeswehr als Brandstifter

Monatelang wurde das Thema gezielt verschwiegen. Schließlich sah sich der Wehrbeauftragte Alfred Biehle, CSU, doch genötigt, eine „Übersicht“ über „rechtsextremistisches/ausländerfeindliches Verhalten von Bundeswehrsoldaten“ zusammenzustellen. In Rostock-Lichtenhagen war ein Matrose an den rassistischen Attacken beteiligt, in Köln schlug ein Gefreiter einen ausländischen Bürger zusammen, in Flensburg töteten ein Panzersoldat und ein anderer Rassist einen Deutschen, der in der Diskussion mit ihnen Flüchtlinge verteidigte. Die Bundeswehr duldet paramilitärische Übungen auf Bundeswehr-Gelände. Weiter ist die Rede von „Sieg-Heil-Rufen“ auf Kasernen und Soldaten mit NSDAP-Abzeichen an der Uniform. Neonazis sind längst dazu übergegangen, ihren Anhang aufzufordern, sich als Freiwillige beim Bund zu melden — als erstes Gratiustraining.

### Gegen AZO-Novelle

Nach der IG Metall hat nun auch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Ker gegen das von Blum vorgelegte neue Arbeitszeitgesetz Widerstand angekündigt. Das Gesetz „falle in Bezug auf die Ausweitungsmöglichkeiten der Arbeitszeit noch hinter die Arbeitszeitordnung von 1938 zurück“. Blum vernachlässige den „zwingend gebotenen Gesundheitsschutz“. Diese Grundtendenzen des Gesetzes sei „ebenso falsch wie seine Tendenz, den besonderen Fraueneinsatzschutz und die gebotene Gleichbehandlung dadurch herbeizuführen, daß man bisherige Besserstellungen für Frauen pauschal beseitige und jeweils auf das niedrigste gemeinsame Niveau in den Regelungen zurückführe.“ (DGB-Pressemitteilung vom 11. 11. 92)

### „Kriegsfolgengesetz“: Großdeutsch

Am 5. November hat der Bundestag das sogenannte „Kriegsfolgengesetz“ verabschiedet. Das Gesetz dehnt u.a. den bisher im Vertriebenenengesetz geschaffenen Blutsbegriff der „Volksdeutschen“ im Ausland weiter aus. Die PDS/LL lehnte das Gesetz ab. Auch der grüne

Bundes- und Europaminister aus Niedersachsen, Trittin, kritisierte: „Heute muß nicht mehr das Bekenntnis (zum Deutschtum, d. Red.) nachgewiesen werden, sondern die Feststellung getroffen werden, man sei an der Ablegung dieses Bekenntnisses gehindert gewesen“. So komme die Zahl von angeblich „2 Millionen ausreisewilligen Deutschen in den GUS-Staaten“ zustande.

### Sozialhilfesenkung für Flüchtlinge

Die Bundesregierung will die Sozialhilfe für Flüchtlinge um ein Viertel kürzen. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, der am 14. 11. in erster Lesung im Bundestag beraten wurde. PDS/LL, SPD und Bündnis 90/Grüne kritisierten, die Kürzung ermögliche kein menschenwürdiges Leben mehr. Familienministerin Rönisch antwortete zynisch, „wer eine kostenlose Unterkunft, Kleidung und Lebensmittel erhalte, brauche für sonstige persönliche Dinge „nur noch wenig Bargeld“. Mit dem gleichen Zynismus könnte die Bundesregierung Flüchtlinge ins Gefängnis sperren — da braucht der Mensch noch weniger! Die SPD schlug der Regierung einen demagogischen Ausweg vor: Die Zahlungen an Flüchtlinge sollten in einem Gesetz über „Zuwanderung“ neu geregelt werden.

### Arbeitsmarktabgabe

Gewerkschaften und Kapitalisten in der Bundesanstalt für Arbeit haben in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Absicht der Bundesregierung protestiert, den Arbeitslosenbeitrag anzuheben. Das sei „unsozial“, da die Beschäftigten schon jetzt die Hauptlast der Zahlungen an den Osten tragen. Stattdessen solle die Regierung die Beamten (so die Kapitalisten) und „Besserverdienende“ (so der DGB) mit einer „Arbeitsmarktabgabe“ zur Kasse bitten. Die Allianz ist brüchig. Zu befürchten ist, daß am Ende die Postboten eine Arbeitsmarktabgabe zahlen und die Kapitalisten den höheren Arbeitslosenbeitrag sparen.

### „Kronzeugenregelung“ länger

Die sogenannte „Kronzeugenregelung“, die eigentlich Ende dieses Jahres auslaufen sollte, wird wohl verlängert. Nach heftigem Drängen des BKA und aus der CDU/CSU stimmte jetzt auch die FDP-Fraktion gegen die eigene Justizministerin, die die Regelung nicht verlängern wollte. Bisher ist die „Kronzeugenregelung“ erst einmal wirksam geworden: Im Kurdenprozeß in Düsseldorf. Der dort wirkende Kronzeuge der Bundesanwaltschaft bekam in einem Mordprozeß in Berlin für gestandenen Mord nur fünf Jahre, seitdem redet er in Düsseldorf, was immer die Bundesanwaltschaft von ihm hören will.

### Was kommt demnächst?

Am 19. 11. berät der Finanzplanungsrat über die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Am gleichen Tag beraten die Umweltminister von Bund und Ländern u.a. über eine neue Dioxin-Verordnung. Am 22. 11. beraten die Regierungsparteien über den Haushalt 1993. Am 11./12. Dezember ist EG-Gipfel im schottischen Edinburg.

# SPD-Parteitag: Bahn frei für Abschottung und Kriegseinsätze

Mit eindeutiger Mehrheit hat der SPD-Sonderparteitag der Bundestagsfraktion und der SPD-Spitze freie Hand in zwei entscheidenden Fragen verschafft: dem weltweiten Einsatz der Bundeswehr, d.h. der Kriegsfähigkeit der BRD nach außen und einer Änderung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz zur Abschottung vor den Folgen der imperialistischen Betätigung der BRD in aller Welt. Die BRD hängt inzwischen in zwei großen Kriegen mitten drin. In Jugoslawien und in Kurdistan. Von dort stammen nach der jüngsten Erhebung der Bundesregierung neben Rumänien (15,8 %) auch die meisten Flüchtlinge; 29,2 % aus Jugoslawien und 9,3 % aus der Türkei. Die weitgehende Beseitigung des Asylrechts wird der BRD auch

außenpolitisch Bewegungsfreiheit verschaffen. Die politische und militärische Unterstützung der Türkei in ihrem Kolonialkrieg gegen das kurdische Volk läßt sich reibungslos organisieren, wenn die daraus folgenden kurdischen Flüchtlinge abgewiesen, kaserniert, mundtot gemacht und abgeschoben werden können. Der auf dem SPD-Parteitag gefaßte Beschluß verschafft der Bundestagsfraktion „genügend Spielraum für Verhandlungen mit der Koalition“ (Engholm), d.h. grundsätzliche Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung, die die weitere Verschärfung durch einfache Gesetze ermöglicht und wofür keine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist. Auch die in der SPD noch umstrittenen Länderlisten „wird es geben, ob wir es gerne hö-

ren oder nicht“ (Engholm), auch wenn sie der SPD-Parteitag nicht ausdrücklich beschlossen hat. Das individuelle Asylrecht, das die SPD angeblich erhalten will, wird bestenfalls noch eine Farsche sein. Das kommende Asylgesetz wird so gestaltet sein, daß es einen Krieg gegen die Armen ermöglicht, nicht nur in der sogenannten „Dritten Welt“, sondern auch im Inland, nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen Deutsche. Die Möglichkeit der Kürzung von sozialen Ansprüchen, der Beseitigung des Zugangs zu Gerichten und der Internierung von großen Menschenmassen zeigen, daß das „Notstands“-Gerade von Kohl mehr beinhaltet als Übereinstimmung mit den Republikanern und Rückendeckung für faschistischen Mob. — (rac)

## Dokumentiert: Aus dem SPD-Sofortprogramm:

### Flüchtlingen helfen, Zuwanderung steuern, Gemeinden entlasten (Neufassung)

50. Die gesellschaftliche Integration der dauerhaft bei uns lebenden Ausländer muß verbessert werden, indem wir das Recht auf Einbürgerung ausweiten und die Doppelstaatsangehörigkeit generell zulassen.

51. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Fluchtursachen zu bekämpfen und den Menschen das Bleiben in ihrer Heimat ermöglichen. Dazu muß nachdrücklicher als bisher auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrängt und die wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für Länder des Südens und Osteuropas nachhaltig verstärkt werden.

52. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen werden wir solange ein rechtlich abgesichertes Bleiberecht gewähren, bis ihnen wieder eine Rückkehr in ihre Heimat möglich ist. Damit soll gesichert werden, daß diese Flüchtlinge nicht über das Asylverfahren Zuflucht suchen müssen.

53. Wir brauchen ein europäisch abgestimmtes Einwanderungsrecht mit jährlichen Quoten entsprechend unserer Aufnahme- und Integrationskapazität, um auch dadurch eine unbegründete Inanspruchnahme des Asylverfahrens zu verhindern.

54. Das Grundgesetz hat das Asylrecht für politisch Verfolgte zum Individualgrundrecht erhoben. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention sichern ihren Schutz durch Völkerrecht, das auch als nationales Recht gilt. Beide Konventionen verlangen überdies einen Mindestrechtsschutz, der nach dem Grundgesetz durch ein Gericht zu gewähren ist (Artikel 19 Abs. 4 GG). Dabei soll es bleiben. Satz 2 in Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ steht deshalb nicht zur Disposition. Als politisch verfolgt gilt, wer Flüchtling im Sinne der Genfer

Flüchtlingskonvention (Kapitel I, Art. 1 A vom 28. Juli 1951) ist.

54.a Wir werden Asylentscheidungen anderer europäischer Staaten anerkennen, die als Teilnehmer der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Nachprüfung durch eine weisungsunabhängige Instanz gewährleisten. Die Festlegung entsprechender Zuständigkeiten und der Verbleib der Asylbewerber erfolgt auf der Grundlage von Vereinbarungen mit diesen Ländern.

54.b Asylbewerber, die die Bundesrepublik Deutschland über eines der in 6a genannten Länder erreicht haben oder die des Schutzes in der Bundesrepublik Deutschland nicht bedürfen, weil ihre Flucht in einem anderen Land geendet hat, müssen in das Drittland zurückkehren. Hingewirkt werden soll auf eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern in Europa, um das deutsche Asylverfahren zu entlasten.

54.c Eine pauschale Ablehnung von Antragstellern aus bestimmten Ländern ist nach der Genfer Flüchtlingskonvention unzulässig. Unter Beachtung von Ziffer 6 Abs. 1 muß aber ein deutlich beschleunigtes Verfahren für jene Asylbewerber möglich sein, bei denen aufgrund ihres Herkunftslandes eine individuell widerlegbare Vermutung besteht, daß ihr Antrag offensichtlich unbegründet ist.

54.d Ein beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren soll auch gelten für Asylbewerber, die ihre aktive Mitwirkung an der Prüfung ihres Antrags dadurch verweigern, daß sie falsche Angaben zur Person machen oder wichtige Personaldokumente bewußt beseitigen oder fälschen, die durch mehrfachen Asylantrag Leistungsmissbrauch betreiben, die in erheblicher Weise straffällig geworden sind. Ihre Anträge sind schnell zu entscheiden, um ihre Abschiebung zu er-

möglichen.

55. Alle Möglichkeiten des Asylverfahrensgesetzes sind konsequent und unverzüglich auszuschöpfen ...

56. Wir werden das Schlepperwesen bekämpfen und die Grenzkontrollen gegen illegal Einreisende verbessern.

57. Um den Anreiz zu verringern, daß Asyl offensichtlich unbegründet beantragt wird, sollen während der beschleunigten und vereinfachten Verfahren weitgehend Sachleistungen an die Stelle von finanzieller Sozialhilfe treten.

58. Die Zuwanderung von Aussiedlern muß entsprechend der Integrationskraft der Bundesrepublik gesteuert werden.

... sind Legislative und Exekutive gefordert, die ... Umsetzungen vorzunehmen, einschließlich der erwähnten Klarstellungen und Ergänzungen des Art. 16 GG. (...)

### IV. Deutschlands Rolle in der Völkergemeinschaft neu bestimmen.

66. Wir wollen durch eine Grundgesetzänderung der Bundeswehr die Teilnahme an friedenserhaltenden Blauhelmeinsätzen ermöglichen. ... Dazu gehört auch: \* die Absicherung humanitärer Aktionen zum Schutz der Zivilbevölkerung, von Hilfsleistungen und Waffenstillständen. UNO-Schutz zonen und -Mandatsgebieten, \* die Überwachung von UNO-Embargos zur Verhinderung des Nachschubs für kriegsführende Parteien, \* der vorbeugende Einsatz von Beobachtern auf dem Boden eines bedrohten Landes, um zur Entschärfung von Konflikten beizutragen, \* die Überwachung von Wahlen und der Einhaltung von Menschenrechten sowie die Sicherung beim Aufbau demokratischer Strukturen, \* die Unterstützung bei der Wiederansiedlung von Flüchtlingen sowie anderen UNO-Maßnahmen ... Wir unterstützen den Antrag ... zu einer ... Grundgesetzänderung ...



Der Wehrbeauftragte des Bundestags, der CSU-Abgeordnete Biehle, rechnet für 1992 mit einer Rekordzahl von Wehrdienstverweigerern. Das erklärte Biehle am 12. November im Bundestag. Nach den letzten Erhebungen werde die Zahl von 1991, als 151000 Wehrpflichtige wegen Ablehnung des Golfkriegs und der beginnenden Debatte über Auslandseinsätze der Bundeswehr den Wehrdienst verweigerten, noch übertroffen. Die SPD hat einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem sie eine Verkürzung des Zivildienstes von 15 Monaten auf 12 Monate und eine Woche verlangt. Außerdem solle durch Verfassungsänderung die sogenannte „Gewissensprüfung“ von Wehrdienstverweigerern abgeschafft werden. Wer bereits in Pflegeberufen arbeite, solle grundsätzlich von Wehr- und Zivildienst befreit werden. — (rü)

## Neues Mitarbeitervertretungsgesetz: Synode beschließt trotz Protesten

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat auf ihrer Tagung in Suhl gegen den breiten Protest der Beschäftigten aus kirchlichen Einrichtungen ein neues Mitarbeitervertretungsgesetz (MVG) beschlossen. Das als „eilbedürftig“ ge- und behandelte neue MVG soll u.a. der „Rechtsvereinheitlichung“ dienen und die derzeit gültigen 18 verschiedenen gliedkirchlichen MVGs sowie die Mitarbeitervertretungsordnung (MVO) der Diakonie ablösen. Geschützt durch das Verfassungsrecht der „Kirchenautonomie“ (Art. 140 i. V.m. Art. 137 Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung) sowie durch § 118 des Betriebsverfassungsgesetzes, wonach die kirchlichen Beschäftigten über den sogenannten Tendenzschutz ausgenommen wurden, sollte das neue MVG auch dazu genutzt werden, zwischenzeitlich erkämpfte Rechtspositionen, insbesondere die MVO, die in den großen diakonischen Einrichtungen Anwendung findet, zu beseitigen. Der erste Entwurf des MVG sah umfassende Entrechtungen der Mitarbeitervertretungen (MAV) vor. So sollten Mitbestimmungsrechte in sozialen und personellen

Angelegenheiten (z. B. über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit) beseitigt, das Initiativrecht der MAV über Dienstvereinbarungen erschwert, Freistellungen und Fortbildungen der MAV eingeschränkt, das Zugangsrecht für Gewerkschaften verweigert, der staatliche Rechtsweg durch Kirchengenichte versperrt und mit der sogenannten ACK-Klausel die Wählbarkeit auf „Mitglieder christlicher Kirchen“ beschränkt werden. Bereits beim Hearing des Rechtsausschusses der EKD im Mai 1992 in Kassel haben die Vertretungsorgane der Beschäftigten, u.a. die gewerkschaftlich orientierten gliedkirchlich organisierten Arbeitsgemeinschaften der Mitarbeitervertretungen (ag mav), massiv Stellung gegen das MVG genommen. Die ag mav der Diakonischen Einrichtungen aus Niedersachsen und Bremen hatten bereits im April 92 einen eigenen Entwurf eines neuen MVG vorgelegt, der nicht unter den Standard der MVO fällt und Verbesserungen auf Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes festschreibt. Mit Zeitungen, Stellungnahmen aus Einrichtungen, Podiumsdiskussionen und Protestaktionen wurde auf die Ver-

hinderung des neuen MVG hingewirkt. Über 700 Mitglieder von Mitarbeitervertretungen aus dem Bundesgebiet und den „neuen Ländern“ fanden sich am 3. 11. bei der Synode in Suhl ein und forderten diese auf, das geplante MVG nicht zu verabschieden.

All diese Aktionen haben bewirkt, daß der Rechtsausschuß und die Synode der EKD sich genötigt sahen, Nachbesserungen vorzunehmen. So hinsichtlich der Freistellungen und der Fortbildung wie auch bei einigen Mitbestimmungsrechten in sozialen und personellen Angelegenheiten, wo der Stand der MVO bzw. des Betriebsverfassungsgesetzes erhalten wurde. Die ACK-Klausel, womit die Zwangschristianisierung der Beschäftigten in den „neuen Ländern“ und die Diskriminierung andersgläubiger, insbesondere ausländischer Beschäftigter manifestiert wird, wurde dagegen beschlossen. Die Auseinandersetzung ist nicht beendet. Es gilt nun, die Übernahme des MVG für die diakonischen Einrichtungen zu verhindern und sich in die Verfassungsdebatte einzuschalten mit dem Ziel, daß das kirchliche Sonderrecht beseitigt wird. — (gsc)



Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA bestätigt eine grundlegende Regel: die Ökonomie bestimmt die Politik, nicht die Ideologie. Nicht, daß Ideologie keine gewaltige Waffe in der Hand der Bourgeoisie ist. Jedoch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten scheint Ideologie an Wirksamkeit zu verlieren.

Man muß sich vor Augen halten, was in den letzten vier Jahren geschehen ist. Die Sowjetunion, das „Evil Empire“, gegen die die USA über 40 Jahre lang gerüstet hatten, bricht zusammen und löst sich auf. Bürgerliche Politiker und Ideologen verkünden triumphierend den Tod des Kommunismus, gegen den sie noch viel länger als 40 Jahre gehetzt haben. Die Linke in den USA ist in Schwierigkeiten, sichtbar daran z.B., daß der „Guardian“, eine der größten Zeitungen der Linken, sein Erscheinen eingestellt hat, oder z.B., daß einige sozialistische Parteien, die sonst immer Präsidentschaftskandidaten hatten, dieses Jahr keine aufgestellt haben.

Und dennoch, George Bush, der sich auf seinem Parteitag allseits als der Sieger des Kalten Krieges feiern ließ, der unter Reagan an dem größten Aufrüstungsprogramm mit dem Ziel, die Sowjetunion in die Knie zu zwingen, beteiligt war, und der sich darauf als der Führer einer neuen Weltordnung mit der USA als unbestrittener Führungsmacht ankündigte — man würde annehmen, daß er mit fliegenden Fahnen wiedergewählt wird. Aber was passiert? Er verliert die Wahl. Alles nur, weil die Leute um ihre Jobs besorgt sind.

Die Republikanische Partei, die sich immer die wütendsten Kommunistenfresser als Hoffunde hielt, kommt mit einem von der religiösen Rechten diktierten Programm heraus, das die Familienwerte, wie z.B. die Sündhaftigkeit von Abtreibung oder Homosexualität hochhält, und ansonsten, wie üblich, die Großartigkeit der USA preist. Es kommt nicht an. Man macht sich öffentlich über die Familienwerte lustig. Richtig ist, daß Bush ein besonders kalter Fisch ist. Es ist aber zweifelhaft, ob der große Kommunikator Reagan es in der jetzigen Lage geschafft hätte, die Leute mit reiner Ideologie zu leimen.

Eine andere Sache, die wert ist, festgehalten zu werden: zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert hat das Volk der USA in wirtschaftlich bedrückenden Zeiten dem faschistischen Flügel der Rechten eine Absage erteilt. (Das erste Mal, als sie 1932 Franklin D. Roosevelt und sein New Deal einer faschistischen Lösung der Folgen der großen Wirtschaftskrise vorzogen.) Das sollte den vielen arroganten Europäern, die ihre Nase über die „blöden Amerikaner“

## US-Präsidentschaftswahlen: Bush, der „Sieger“ im kalten Krieg, verliert die Wahl

Bei den Präsidentschafts- und Kongreßwahlen fand der Ruck nach rechts nicht statt

rümpfen, zu denken geben angesichts der faschistischen Entwicklung in ganz Europa.

Ein Wort zu Präsidentschaftskandidat Ross Perot. Es ist schwierig, ihn einzuordnen. Was man aber feststellen kann, ist, daß er sich nicht mit den Zielen der religiösen Rechten identifiziert hat. Bezüglich der Pflege der bürgerlichen Freiheiten mußte man bei ihm allerdings Bedenken haben. Es sieht nicht so aus, als ob er von irgendwelchen Kapitalistengruppen gelenkt worden ist. Es scheint sich hier um den Fall eines reichen Exzentrikers — er ist stinkreich — zu handeln, der sich einen Wunsch erfüllt und dafür 50 Mio. Dollar verpulvert. Perot war der einzige unabhängige Kandidat — in dem Sinne, daß er es sich leisten konnte zu sagen, was er denkt. Seine Anhänger sind im wesentlichen Aufstiegsgläubige und Aufstiegsbegierige. Ihre Ziele decken sich nicht unbedingt mit Perot's Zielen, soweit man überhaupt Details seiner Politik von ihm hören konnte.

Nun zum Gewinner der Wahl, Bill Clinton. Das wesentliche am Ausgang der Wahl ist nicht, daß Clinton gewonnen hat, sondern daß Bush verloren hat. Clinton ist beileibe kein Sozialreformer etwa im Sinne von linken Sozialdemokraten. Dennoch, sein Wahlprogramm hat Probleme angesprochen, die den Leuten auf den Nägeln brennen: Krankenversicherung für alle; Anspruch auf (unbezahlten) Urlaub mit Offenhaltung des Arbeitsplatzes in Fällen von familiären Notsituationen (Krankheit eines Kindes z.B.); Rückzahlung von Studiendarlehen in Form von Sozialdienst, Recht auf Schwangerschaftsabbruch und, das Wichtigste, Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen (im Gegensatz zu McDonalds-Jobs).

Bush hat diese Probleme nicht angesprochen oder sogar Lösungen, wie z.B. ein Gesetz zur Einführung des Familienurlaubsanspruchs, mit seinem Veto erledigt. Der Mangel an einer allgemeinen Krankenversicherung trifft besonders diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Besonders schwierig ist es für Frührentner, weil die Krankenversicherung für Rentner, Medicaid, erst mit dem gesetzlichen Rentenalter von 65

Jahren einsetzt. Clinton propagiert eine allgemeine Krankenversicherung. (Sein Finanzierungsplan dafür wird angezweifelt.) Ein besonders hoher Anteil der über 60-jährigen hat Clinton gewählt.

Eine gute Ausbildung ist sehr teuer in den USA. Die meisten jungen Leute beenden ihre Ausbildung mit einer Schuldenlast von 40000 Dollar und mehr an Studiendarlehen. Bei sinkendem Realeinkommen der Mittelklassen können viele Eltern die Ausbildung ihrer Kinder nicht mehr finanzieren. Clinton's Vorschlag, die Studiendarlehen durch ein Sozialjahr abzulösen, hat bei den jungen Leuten großen Beifall gefunden. Die unter 25-jährigen haben überdurchschnittlich hoch für Clinton gestimmt.

Die Angriffe der religiösen Rechten auf Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, und die Entscheidungen des Obersten Gerichts haben das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ausgehöhlt, und es besteht die unmittelbare Gefahr der Aufhebung. Bush hat sogar angeordnet, daß Kliniken und Familienplanungsstellen, die Bundesmittel beziehen, nicht über die Möglichkeit der Abtreibung informieren dürfen. Clinton unterstützt das Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Es besteht die Hoffnung auf eine gesetzliche Absicherung, womit dieses Recht vor dem Rechtstrend des Obersten Gerichts sicher würde. Es besteht auch Hoffnung, daß unter Clinton und einer demokratischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses endlich der Verfassungszusatz, der die volle Gleichberechtigung und Diskriminierungsschutz der Frauen garantiert, durchkommen könnte. Ein wesentlich höherer Prozentsatz von Frauen als Männer haben Clinton gewählt.

Clinton wird keinen Kollisionskurs gegen das Kapital gehen. Er ist ein Mann des Kompromisses. Er wird nichts unternehmen, was ihre Möglichkeiten, Profit zu machen beeinträchtigt. Er hat angekündigt, daß er die Reichen (d.h. die Einkommen aus Profit) etwas mehr besteuern werde. Er hat angekündigt, daß er die Schaffung von guten Jobs fördern wolle, durch Verbesserung der Infrastruktur, Förderung von Investitionen und nicht zuletzt durch Aufhebung von Zuschüssen für Kapalexporte. Er

betont die Planung von Wirtschaftsentwicklung auf lokaler Ebene unter Einbeziehung der Gemeinden. Seine Zeit als Gouverneur von Arkansas hat ihm sicher eine tiefgreifendere Kenntnis der katastrophalen Lage der Gemeinden, Städte und Bundesstaaten verschafft als Politiker, die die Welt nur aus der Sicht von Washington kennen.

Clinton hat angekündigt, daß er den Militärhaushalt weiter kürzen werde. Aber anders als Bush hat er das Problem der Überführung der Rüstungsproduktion in kommerzielle Produktion nicht nur angesprochen und dann schnell wieder vergessen, sondern ein Programm dafür angekündigt.

Es bleibt natürlich abzuwarten, was bei allen diesen Vorhaben für das Volk herauskommt. Aber allein, daß diese Probleme benannt werden und Lösungsvorschläge angekündigt werden (Bush hat bis zuletzt behauptet, es sei keine Rezession), hat zu einer Atmosphäre eines neuen Aufbruchs geführt. Dazu beigetragen hat auch, daß Clinton und sein Vize Al Gore einer neuen, jüngeren Generation angehören, den sogenannten Baby Boomers, dem Kinderboom nach dem Ende des zweiten Weltkriegs. Bush's Aufzählung seiner Heldentaten im Zweiten Weltkrieg als Beweis seiner Charakterstärke hat niemanden so richtig interessiert. — (ger, her)



Zeitgleich mit dem Abschluß der US-Präsidentschafts- und Kongreßwahlen ist der Handelskonflikt zwischen den USA und der EG schroffer geworden: Nachdem monatelange Verhandlungen keinerlei Ergebnisse erbracht hatten, verkündete die US-Handelsbeauftragte Carla Hills am 4. November, die USA würden ab 5. Dezember auf bestimmte EG-Exporte in die USA Strafzölle bis zu 200 Prozent verhängen. Als erstes seien von den Sanktionen EG-Weinexporte in die USA betroffen. Weitere Produkte könnten folgen, wenn nicht bis 5.12. eine Einigung zwischen den beiden Mächten erzielt werde.

Bundesdeutsche Kapitalisten- und Regierungvertreter reagierten heftig — vor allem gegen die die GATT-Verhandlungen führende EG-Kommission. Wirtschaftsminister Müllemann soll laut *Die Welt* (7.11.) erklärt haben: „Wir taumeln am Rande einer Weltwirtschaftskrise entlang. Wer will da die Verantwortung eines Absturzes übernehmen — doch nicht der Kommissionspräsident.“ Außenminister Kinkel ergänzte, ein Handelskrieg sei „das allerletzte, was wir uns mit der derzeitigen wie auch mit der künftigen amerikanischen Regierung leisten sollten.“ BDI-Chef Necker warnte vor einer „Geiselnahme der europäischen Industrie für Fehlentwicklungen in der EG-Agrarpolitik“. Und der Chef des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Fuchs, warf der EG-Kommission unter ihrem Präsidenten Delors „Chauvinismus, Protektionismus, Egoismus“ vor. *Die Welt* warf dem EG-Kommissionschef Delors sogar vor, er sabotiere planmäßig die GATT-Verhandlungen, handle dabei einzig im Interesse der französischen Regierung, die im März Parlamentswahlen zu bestehen hat, und bereits insgeheim bereits seine Kandidatur zu den nächsten fran-

## GATT-Konflikt EG-USA: Handels- und andere Kriege

zösischen Präsidentschaftswahlen vor.

Worum geht es? Der BRD-Imperialismus hatte in den frühen 60er Jahren bei der Formulierung der „gemeinsamen Agrarpolitik“ der EG u.a. zwei strategische Ziele verfolgt:

1. Die EG sollte — vor allem im Hinblick auf die Planung einer militärischen Aggression der NATO gegen den Warschauer Pakt zur „Überwindung der deutschen Spaltung“ — bei landwirtschaftlichen Produkten weitgehend autark sein, d.h. nicht auf überseeische Zufuhren angewiesen sein.
2. Diese Autarkie verlangte, daß insbesondere in Frankreich die Getreideproduktion (vor allem die Weizenproduktion) gesteigert wurde, da die agrarischen Ostgebiete des deutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg verloren waren. Zweitens mußte die Produktion pflanzlicher Fette gesteigert werden, um der EG auch auf diesem Gebiet Autarkie zu sichern. Hier standen der BRD-Bourgeoisie noch die Kriegserfahrungen mit dem Faschismus vor Augen, wo die „Fettlücke“ trotz einer Verzehnfachung der Anbauflächen für Ölsaaten in den Jahren 1933 bis 1939 nie ganz geschlossen werden konnte und zum Kriege aus zu erheblichen Engpässen bei Margarine und anderen Fetten geführt hatte.

„Paris hat sich in den 60er Jahren der Bonner Forderung nach hohen Agrarpreisen gebeugt, die an den heutigen strukturellen Agrarüberschüssen der EG schuld sind“, beschreibt *Die Welt* diese alten Ziele.

Beide Ziele der EG kollidierten von Anfang an mit Exportinteressen der US-Agrarkonzerne. Der insbesondere in den 70er und 80er Jahren zu beobachtende starke Anstieg des Rapsanbaus in der EG beeinträchtigte das US-Sojamonopol. Und bei Getreide ging die EG nach Erreichung der „Selbstversorgung“ sogar zu einer systematischen Konkurrenz mit US-Getreidekonzernen auf dem Weltmarkt über, mit massiven Subventionen für ihre Agrarexportfirmen. Wie massiv diese Förderungen sind, kann man daran ersehen, daß die EG 1991 zum weltgrößten Exporteur von Agrarprodukten aufstieg: Mit Agrarexporten in Drittländer von 46,7 Mrd. Dollar übertraf sie sogar die Agrarexporte der USA (45,2 Mrd. US-Dollar).

Schon lange hatten die US-Konzerne und die US-Regierung deshalb bei den Verhandlungen über ein neues Welthandelsabkommen (GATT) auf eine Verringerung der EG-Exportsubventionen für Agrarprodukte gedrängt sowie auf eine direkte Beschränkung des Rapsanbaus — bislang vergeblich. Das könnte sich jetzt ändern.

Denn die Bundesregierung und die deutschen Konzerne sind zu einer Änderung der EG-Agrarpolitik entschlossen. Nach der Annexion der DDR und der Beseitigung der volkswirtschaftlichen Ordnung in den anderen Staaten Osteuropas ist die BRD-Bourgeoisie zunehmend dazu entschlossen, zur alten kaiserlich-junkerlichen Agrarpolitik der Jahrhundertwende zurückzukehren. Das

bedeutet: Billigste Agrarprodukte und billigste Landarbeiter aus dem Osten. „Keine Frage: Frankreich muß die größten Opfer bringen, wenn der »Deal« mit den Amerikanern gelingen soll“, beschreibt *Die Welt* diese Umorientierung. Gemeint ist: Die EG-Agrarexportsubventionen sollen fallen, um die Nahrungsmittelpreise in der EG durch das so hervorgerufene Überangebot auf dem Markt noch weiter zu drücken. Die Folge wäre eine massive weitere Verelendung auf dem Lande (die französische Regierung spricht zu Recht von einer „sozialen Katastrophe“). Aber die BRD-Konzerne kalkulieren, daß das Elend im Osten Europas bis in die Ukraine schon jetzt so groß ist, daß selbst bei stark sinkenden Preisen in der EG immer noch genügend Agrarprodukte aus diesen Gebieten importiert werden können. Ein Rückgang der EG-Agrarpreise würde zudem einen günstigen Vorwand schaffen, um auch die Löhne der Lohnabhängigen mit dem Verweis auf „sinkende Lebenshaltungskosten“ drücken zu können.

In der EG hat deshalb bei der Agrarpolitik schon ein Wechsel der Bündnisse stattgefunden: Statt mit der französischen Bourgeoisie gehen die BRD-Konzerne und -Regierung jetzt mit der britischen Regierung und der britischen Agrarpolitik zusammen. Das Interesse der BRD-Bourgeoisie, Osteuropa wieder als „Kornkammer des Reiches“ zu unterwerfen, trifft sich mit den Absichten der britischen Bourgeoisie, die Löhne mit Agreinführen zu Weltmarkt-

preisen niedrig zu halten und zugleich die alten Kolonialverbindungen im Agrarhandel mit Australien, Neuseeland und anderen Gebieten weiter zu pflegen. Dem entgegen stehen die Interessen der französischen Bourgeoisie, die ihre Agrargeschäfte nicht verlieren will und keine sozialen Unruhen auf dem Land will. Vor allem aber die Interessen der Bauern in der EG, die — soweit sie nicht als große Agrarkapitalisten vorwiegend von der Ausbeutung von Lohnarbeit leben, was nur für einen schwindenden Prozentsatz der Bauern in der EG gilt — durch eine solche Änderung der EG-Agrarpolitik in fast allen EG-Staaten in tiefes Elend gestürzt würden.

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob und wie es der Bundesregierung, der britischen Regierung und ihren Verbündeten in den großen Konzernen der EG gelingt, die französische Regierung zum Einlenken zu zwingen und die Bauern ins Elend zu drücken. Die Isolierung der Bauern in der Öffentlichkeit scheint schon weitgehend gelungen: Keine einzige Gewerkschaft etwa hat sich gegen die geplante Senkung der Einkommen der Bauern bislang geäußert.

Durch diese günstige Lage ermuntert, sagen Teile der deutschen Presse bereits am Stuhl von EG-Kommissionschef Delors. Der „französische Bürger“ Delors werde diesen Streit womöglich als EG-Präsident nicht überleben, orakelt etwa *Die Welt*. Im Hintergrund wartet Bange-mann als neuer EG-Chef, die BRD hätte dann auch formell die Führung der EG-Behörden an sich gerissen.

Gelingt der „Deal“ mit den USA aber nicht, dann könnte der Konflikt sich schon bald ausweiten. Dann kämen deutsche Konzerne wie Daimler-Benz bzw. genauer der Airbus als nächste ins Visier von US-Sanktionsdrohungen.

Quellen: *Die Welt*, Handelsblatt, Ausgaben vom 5. bis 14. November — (rül)

Nichts Ungewöhnliches für die Verhältnisse in der kroatischen Hauptstadt Zagreb sind Begegnungen wie die folgende, die man an beliebigen Tagen, zu beliebiger Stunde in den größeren Hotels erleben kann. An der Bar sitzt ein junger Mann im Tarnanzug, auf seinen Kragenspiegeln blinken das rote-weiße Schachbrettmuster der kroatischen Fahne und ein silbernes U. Auf die Frage, was das U bedeutet, kommt ohne jedes Zaudern die Antwort: „U steht für Ustascha — das bedeutet Aufständischer oder einfach nur Patriot.“ Es ist das offizielle Abzeichen der HOS, des militärischen Arms der kroatischen Rechts. Die HOS steht in der Tradition des 1941 von deutschen und italienischen Faschisten gegründeten „Unabhängigen Staates Kroatien“. In der Zeit seiner Existenz mordete die herrschende Ustascha Hunderttausende von Menschen. In diesen, den damaligen nachgebildeten Uniformen stehen mittlerweile etwa 20000 HOS-Leute unter Waffen. Die der 1990 entstandenen faschistischen „Kroatischen Partei des Rechts“ angeschlossenen Verbände sind mit zusätzlichen 16000 Ustaschen in Bosnien vertreten. Großkroatien ist ihr Ziel.

Stolz präsentiert unser junger Mann im Tarnanzug diese Traditionslinie. Und auf die Frage, wie er das Verhältnis der HOS-Truppen zu der offiziellen kroatischen Armee sieht, antwortet er prompt: „Ganz einfach, so wie SS und Wehrmacht.“ Wie sieht sein Alltag aus? Im komfortablen Bus führen sie von der Kaserne in Zagreb an die Front. Dort würden sie in Häusern verjagter Serben untergebracht. An Ausrüstung gebe es keinen Mangel. „Schuhe von Honeker“, sagt er, und „Gewehre von der Caritas“. Zum Beweis schnürt er die Stiefel auf, kramt Munition aus den Taschen, alles aus ehemaligen NVA-Beständen und in Kisten mit den Aufschriften der katholischen „Organisation für praktische geübte christliche Liebesbistätigkeit“ von der BRD nach Kroatien geschickt. Der junge Mann gehört zum 1. Bataillon, 1. Kompanie der motorisierten Brigade der kroatischen Nationalgarde — also neben seiner HOS-Tätigkeit auch ein Mitglied der offiziellen kroatischen Armee. Sein letzter Einsatzort: die Stadt Livno. Die liegt aber in Bosnien-Herzegowina. Und dort, so beteuert die kroatische Regierung immer wieder, kämpft keine reguläre kroatische Armee-Einheit.

## Tudjman und der Klerus betrachten Kroatien als ihr Eigentum

Wie sich weiter herausstellt, hat der junge Mann einen italienischen Paß. Seit Oktober 1991 sei er bei der kroatischen Nationalgarde, vorher war er Feldwebel einer Einheit von Panzergrenadieren in der italienischen Armee. Was ihn als Fremdenlegionär in den kroatischen Dienst treibt, ist bezeichnend: „So wie die Kroaten sich von Jugoslawien lösten, muß sich der italienische Norden vom Süden trennen — ich wünsche mir eine unabhängige Lombardei, meine Heimat.“<sup>1</sup> Er ist also ein Anhänger der rechten norditalienischen Lega Lombarda oder Lega Nord, wie sie heute heißt. Für ihn bedeutet Kroatien die verwirklichte Vorstellung einer Trennung vom Zentralstaat. Damit dies auch in Italien erfolgreich durchgeführt werden kann, probt er jetzt an der kroatischen Front. So wie die Kroaten nicht mehr für den unterentwickelten Süden Jugoslawiens verantwortlich sein wollten, so erklären die Vertreter der Lega Nord ihre Sezessionsbestrebungen in Italien. Kroatien ist für die Rechten ideologisches Vorbild und praktisches Übungsfeld für ihre zukünftigen Pläne.

Alltägliche Begegnungen in Kroatien. Vielfältig sind inzwischen die Einsatzgruppen der europäischen Faschisten in Kroatien im Einsatz. In der englischsprachigen Ausgabe der ungarischen Zeitung *Uj Rend* vom Juli/August 1992 wird der Brief eines deutschen Legionärs in Kroatien veröffentlicht: „Es gibt hier eine internationale Brigade, der wir als unabhängige Einheit angehören.“ Nach Informationen der Bundesregierung wird die sich „Schwarze Legion“ nennende Einheit vermutlich von einem ehemaligen NVA-Offizier angeführt. In enger Zusammenarbeit mit der HOS wurde in Kumrovec das Bataillon „Francopan“ gebildet. Unter Leitung des französischen Söldners Michel Faci, Mitglied der „Front National“ Le Pens und der rechtsextremistischen FANE-Organisation, stehen 200 Söldner unter Waffen. Nach eigenen Angaben erhalten sie 9000 DM für jeden toten feindlichen Soldaten.<sup>2</sup> Das alles ist alltäglich in Kroatien und von der Regierung Franjo

Tudjmans gedeckt und gebilligt. Es mag einen auch nicht wundern, wenn man das Weltbild eines Franjo Tudjman kennt. Dieser schrieb 1989 in seinem Buch „Irrwege der Wahrheit“ auf Seite 172: „Völkermordende Gewalt steht in Übereinstimmung mit der menschlich-sozialen und mythologisch-göttlichen Natur.“

Menschenverachtung und Rassismus stellen das theoretische Unterfütter der kroatischen Regierung unter Franjo Tudjman dar. So betonte erst jüngst eine hochgestellte kroatische Persönlichkeit: „Es ist allgemein bekannt, daß in meiner Familie seit dreihundert Jahren kein byzantinisches Blut war.“ Byzantinisch steht hier einfach für serbisch, orientlich im Gegensatz zu katholisch und kroatisch. Diese Art von Ariernachweis ist in Kroatien zur Normalität geworden. Auch der Präsident Tudjman erklärte, daß er glücklich sei, eine reinblütige Kroatin zur Frau zu haben.<sup>3</sup>

Nach zwei mit absoluter Mehrheit gewonnenen Wahlen zeigen der Präsident und seine Klientel immer deutlicher, wer in Kroatien das sagen hat. Eine Gesellschaft etabliert sich, aggressiv gegen alles Nichtkroatische und Nichtkatholische im Innern wie gegen Außen. Ein von dem Präsidenten eingerichteter „strategischer Rat“ soll die ethische Erneuerung Kroatiens vorantreiben. Angeführt und dominiert wird dieser Rat vom katholischen Klerus unter Vorsitz des Erzbischofs Kuharic. Dieser wurde schon zu Titos Zeiten unter den Rechten aller Länder populär, als er die Rehabilitierung des Ustaschen-Bischofs Stepinac forderte. Unter Anleitung dieses „strategischen Rates“ wurde nun auch der Entwurf für ein neues Familiengesetz geschaffen, das getreu den katholischen Grundsätzen die Frauen wieder an Heim und Herd zurückschickt. Nach diesem Entwurf, der mit Sicherheit im kroatischen Parlament, in dem nur 5,7 % Frauen vertreten sind, eine Mehrheit finden wird, soll „die Republik mit Hilfe von Gesetzen und politischen Eingriffen alles bekämpfen, was sich gegen Ehe und Familie richtet“. Und weiter:

„d) Die Würde der Mütterlichkeit soll öffentlich hervorgehoben, geschätzt und propagiert werden, und es soll ein neuer Feiertag eingeführt werden mit dem Namen ‚Tag der kroatischen Frau‘.“ Der „verstärkte Kampf gegen Abtreibung“ steht an erster Stelle. Dazu sollen Kontakte zu den reaktionären Pro-Life-Bewegungen in den USA geknüpft werden. „Kinderkrippen sollen auf ein Minimum reduziert und stufenweise abgeschafft werden.“ Und so weiter in einem fort. Ethische Erneuerung nennt dies der katholische „strategische Rat“.

Tudjman, seine Anhänger von der Regierungspartei HDZ und der Klerus betrachten inzwischen Kroatien als ihr persönliches Eigentum. Oder wie es die kroatische Zeitung *DANAS* formuliert: „Die Regierungspartei verhält sich, als sei sie der Eigentümer Kroatiens.“ Und weiter: „Der Krieg hat viele kroatische Reichtümer zerstört, aber trotzdem werden einige immer reicher ... Tudjmans Herrschaft liebt den Luxus, koste er, was er wolle ... Eine Regierung, die heimlich eine halbe Million für die Wohnung eines Würdenträgers zuteilt, der mit der Staatsspitze außer der Parteizugehörigkeit nichts gemeinsam hat ... und deren Minister in Wohnungen einziehen, die in den traditionellen Luxusvierteln Zagrebs liegen und gepanzerte Eingangstüren haben, während man für die Vertriebenen des Krieges angeblich auch Zelte herrichtet (angeblich deshalb, weil selbst Container zu teuer sind) — eine solche Regierung kann nicht überzeugend wirken, wenn sie den allgemeinen Konsensus dafür fordert, den Gürtel enger zu schnallen.“<sup>4</sup>

Aber die Tudjman-Regierung würde sich untreu werden, ließe sie eine solche Kritik an ihrem Gebaren zu. *DANAS*, wie auch ein Nachfolgebild, ist inzwischen verboten worden. Zeitungen wurden auch durch permanente Drangsaliierungen in den Konkurs getrieben. Im Falle von *DANAS* weigerten sich die Druckereien, die Zeitung zu drucken. Daraufhin ging man ins Ausland und druckte dort. Daraufhin weigerten sich die Vertriebsorganisationen in Kroatien,

trotz gültiger Verträge, die Zeitung ter die Leute zu bringen. Andere Zeitungen werden unter Zwangsverwaltung gestellt. In die Redaktionsräume der Zeitung *Glas Slavonije* in Osijek dringt eine Gruppe Bewaffneter ein und brennt auch gleich den neuen Chefredakteur mit. Alltag in Kroatien. Die Gleichschaltung der Presse ist in volle Gänge.

Auch gegenüber den anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens wird die Position Kroatiens immer aggressiver. Schon lange besteht das Vorhaben der kroatischen Regierung, Bosnien in Absprache mit Serbien aufzuteilen. Ne sind nun die Auseinandersetzungen zwischen Kroatien und Slowenien. Die slowenische Regierung protestierte erst jüngst gegen die ständige Hetze der HOS-Führer Dobroslov Paraga unter den Kroaten in Slowenien. Die kroatische Regierung konterte, indem sie den slowenischen Fischern verbietet, wo der kroatischen Küste der Halbinsel Istrien zu fischen. Tudjman drohte, die ca. 15000 slowenischen Ferienhäuser auf Istrien zu enteignen. Auch die Kirche will in diesem Treiben gegen Slowenien nicht zurückstehen. So besteht der uns schon bekannte Erzbischof von Zagreb, Franjo Kuharic, darauf, daß im slowenischen Dorf Raskrize die Messe in kroatisch, statt in slowenisch gelesen wird. Die Zagreber Zeitung *Novi Vjesnik* monierte sich darüber, daß statt „schlanker blonder Deutscher“ nur „dicke, rotgebrannte slowenische Bäuerinnen“ den Strand Istriens bevölkern. Höhepunkt dieser rassistischen Kampagne sind Schilder vor istrischen Gaststätten, die mit der Aufschrift warnen: „Für Serben, Slowenen und Hunde Eintritt verboten.“<sup>5</sup>

Hintergrund der Auseinandersetzung ist wohl, daß Slowenien die Aufnahme Serbiens und Montenegros in die UNO unterstützen würde.

<sup>1</sup> alle Zitate aus *Die Zeit* Nr. 27/92 vom 26.6.1992; <sup>2</sup> *Neues Deutschland* vom 15.8.1992; <sup>3</sup> *Die Zeit* Nr. 44/92 vom 23.10.1992; <sup>4</sup> *DANAS* vom 17.3.1992; <sup>5</sup> aus *JU-Info* 5/92 — (hav)

Der Countdown für eine der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte in der Schweiz läuft. Am 6. Dezember sollen die Stimmbürger in einer Volksabstimmung entscheiden, ob die Schweiz den EWR-Vertrag unterschreibt und damit dem „Europäischen Wirtschaftsraum“ beiträgt. Damit würde das Land die jahrhundertlang praktizierte Neutralität aufgeben. Kein Wunder, daß eine breite Diskussion entbrannt ist. Auf zahllosen Veranstaltungen von Parteien, Verbänden und Initiativen im ganzen Land wird ebenso über die EWR-Frage gestritten wie in Fernsehen, Hörfunk und Zeitungen.

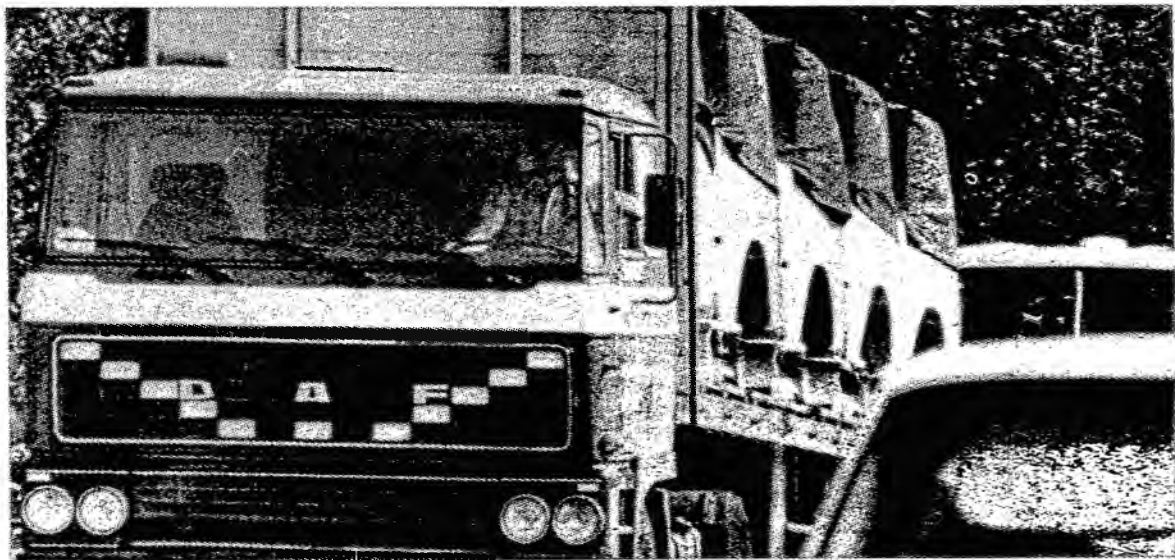
Schon im September haben sich Regierung und beide Kammern des Parlaments mit großer Mehrheit für einen Beitritt zum EWR ausgesprochen. Daß mit dieser Entscheidung keineswegs das letzte Wort gesprochen wurde, hat sich schnell gezeigt. Nach einer Umfrage Mitte November sprachen sich 41 % der Befragten gegen einen Beitritt aus, nur 39 % befürworteten ihn.

Dabei ist das vielleicht auffälligste Merkmal dieser Diskussion, daß die Grenze zwischen Befürwortung und Ablehnung nicht entlang der Parteigrenzen verläuft, sondern sich quer durch alle Parteien und Verbände zieht. Das gilt am ausgeprägtesten übrigens für das linke und grün-alternative Lager. Über diese Spaltung quer durch die politischen Lager kann auch nicht hinwegtäuschen, daß sich — bis auf die Grünen — alle im Parlament vertretenen Parteien in den vergangenen Monaten zumeist auf Sonderparteitagen für ein Ja zum EWR-Beitritt ausgesprochen haben. In allen Parteien gibt es starke Minderheiten (in einigen vielleicht sogar Mehrheiten), die den Beitritt zum EWR ablehnen.

Diese Gemengelage erklärt sich letztlich aus den zu erwartenden unterschiedlichen Auswirkungen für die gesellschaftlichen Klassen und Schichten, die mal stärker, mal schwächer in den jeweiligen Parteien vertreten sind.

Für einen EWR-Beitritt haben sich vor allem die Kapitalistenverbände stark gemacht. Die Vertreter der Schweizer

## Die Schweiz vor der Abstimmung über den EWR-Vertrag



Vor allem auf Drängen der BRD mußte die Schweizer Regierung in den EWR-Verhandlungen Zugeständnisse für den Transitverkehr mit schweren LKWs machen.

Monopole erwarten sich vom EWR einen Innovationsschub, der ihre Profite wieder sprudeln läßt. Sie hoffen sich vor allem Fortschritte bei der Durchsetzung einer lauthals geforderten Deregulierungspolitik, wollen mehr Flexibilität und Mobilität der Lohnabhängigen, eine Öffnung der Schweiz für den europäischen Verkehr. Diese strategischen Überlegungen werden noch gestützt durch die schlechte konjunkturelle Lage in der Schweiz. Mit wahren Horrorszenarien warnen sie vor einem EWR-Nein: Stagnierende Investitionen, sinkende Umsätze und wachsende Arbeitslosigkeit seien zu befürchten. Dagegen werde der „Wirtschaftsstandort“ durch einen Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum deutlich aufgewertet. So

kommt etwa die Zürcher Regierung zu der Auffassung, „die freie Entfaltung der Marktkräfte beeinflusse Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sicher positiv“. Dieser Argumentation scheinen breite Teile der bürgerlichen Klasse und ihre Parteien (so z.B. die FDP) inzwischen zu folgen.

Auch die Gewerkschaften haben mehrheitlich Ja zum EWR-Beitritt der Schweiz gesagt. Dabei sind die zu Beginn der Diskussion noch häufig geäußerten Bedenken hinsichtlich der zu erwartenden negativen arbeitsrechtlichen Konsequenzen und des zunehmenden Lohndrucks inzwischen ebenso verstummt wie zahlreiche Forderungen nach geeigneten sozialen Schutzmaßnahmen. Offenbar hat die Auffassung

eine Mehrheit gefunden, der EWR bringe zusätzliches Wirtschaftswachstum, das sich positiv auf die Löhne auswirke. Dabei spielt die Angst vor einem Anhalten der Krise und einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit bestimmt bei vielen Lohnabhängigen eine Rolle. Entsprechend votiert die SP für ein Ja.

Der Bauernverband hat sich gegen den Vertrag über den EWR ausgesprochen. Traditionell stützt die Schweizer Bourgeoisie die Bauern mit einer Vielzahl von Subventionen. Von dieser Politik haben nicht nur kleine und mittlere Bauern was, auch die auf dem Land wichtige Tourismusindustrie profitiert indirekt davon. Vor allem die ländliche Bevölkerung, Bauern und Kleinbürgertum, befürchten nach einem Beitritt verheeren-

de soziale Folgen eines zu erwartenden Abbaus der schweizerischen Agrarsubventionen, vor allem, wenn dem EWR-Beitritt, wie geplant, in einigen Jahren der Beitritt zur EG folgen würde. Hauptsächlich auf diese Schichten will Blochers reaktionärer Bürgerblock setzen, der gegen die „Auslieferung an Brüssel“ argumentiert („unschweizerisch und verantwortungslos“, teuer und nutzlos).

Bei den Grünen standen ökologische und feministische Themen im Zentrum der Diskussion. Gewerkschaftslinken und Sozialisten beschäftigten sich mit den sozialen Folgen. Vielfach herrscht die Auffassung vor, mit der Übernahme europäischer Gesetze könnten nationale Beschränkungen und Borniertheiten über den Haufen geworfen werden. So erwartet etwa Jean Ziegler, Aushängeschild des sozialistischen Flügels der SP, daß der „Eurowind die hiesige Oligarchie durcheinanderschütteln, den Bankenbanditismus in die Ecke blasen, den eidgenössischen Filz aufwirbeln“ könne. Die Übernahme von europäischen Gesetzen, so die EWR-Befürworter, bringe endlich mehr Handlungsspielraum in Sachen Sozialstandards, Ökologie und Feminismus. Falsch, sagen die Gegner, der EWR müsse abgelehnt werden, weil er große soziale Risiken bringe, ökologische Verschlechterungen bringe und allem anderen nütze als dem Feminismus.

Ein Problem für die linken Kräfte, die einen EWR-Beitritt ablehnen, ist sicher die Tatsache, daß sie in unfreiwilliger Nachbarschaft solch fanatischer Nationalisten wie des rechten Nationalrats Blocher agieren. Hauptmanko der linken Diskussion war jedoch die Tatsache, daß sie zu wenig oder gar nicht genutzt werden konnte, um — zuerst einmal völlig unabhängig davon, ob man zum EWR ja oder nein sagt — eigene programmatische Vorstellungen zu entwickeln, den zu erwartenden gesellschaftlichen Veränderungen einen eigenen Katalog sozialer und ökologischer Mindeststandards entgegenzustellen.

Quellen: *Südkurier*, *NZZ*, *TagesAnzeiger*, div. Ausgaben Nov. 92 — (jüg)



## Kanada: Mehrheit gegen Verfassungsreform

Die Reform der kanadischen Verfassung ist in einer Volksabstimmung am 26. Oktober klar abgelehnt worden. In sechs der zehn Provinzen gab es eine Mehrheit für „Nein“, in dem bevölkerungsreichsten Ontario fast genau ein Patt. Juristisch ist das Ergebnis nicht bindend, aber Premierminister Mulroney hatte erklärt, wenn auch nur eine Provinz dagegen stimmt, ist der Verfassungspakt gestorben. Es waren vor allem die westlichen Provinzen, die mit Nein stimmten, ebenso Québec. Der Verfassungspakt, im August vorgelegt von der Bundesregierung, den zehn Provinzregierungen und den Vertretern der Ureinwohner, mit Unterstützung von allen drei bundesweit agierenden Parteien, war der auf absehbare Zeit wohl letzte Versuch, eine Kompromisslinie zu finden, die das gemeinsame Interesse von Anglo- und Frankokanadiern sowie den Ureinwohnern (Indianern, Inuit und Métis) am Bundesstaat definiert. Québec wurde darin die Eigenschaft einer „besonderen Gesellschaft“ zugestanden, den Ureinwohnern das Recht auf Selbstbestimmung. Ferner wurde u. a. das Zweikammersystem reformiert.

In der Nein-Koalition fanden sich unterschiedliche Interessen zusammen. In den Westprovinzen ist die Auffassung

verbreitet, der Pakt habe Québec zu viele Sonderrechte eingeräumt, in Québec dagegen ging der Mehrheit die Kompromissbereitschaft des Québec-Premiers Bourassa gegenüber der Bundesregierung zu weit.

Laut Presseberichten stand die Québec-Frage eindeutig im Vordergrund der Ablehnung. Nach derzeitiger Materiallage ist nicht deutlich, wie die Abstimmungsergebnisse bei den Inuit, Métis und Indianern aussahen; mit Sicherheit gab es auch hier Spaltungen zwischen Pragmatismus und Grundsatz, wie sie sich etwa bei der Auseinandersetzung um Oka gezeigt haben.

Ihre zentralen Vertreter zumindest hatten sich für das Abkommen stark gemacht und interpretierten das Nein als Affront gegen ihre berechtigten Interessen, die damit weiter aus Kanada ausgeschlossen würden, so etwa Ovide Mercredi, Großhauptide der Ersten Nationen, und als Ja zur Beibehaltung der kanadischen „Apartheid“ (Ron George). Gerade auch in Québec, das mit seinen gigantischen Wasserkraftprojekten und dem Raubbau an Bodenschätzen die Existenz zahlreicher indianischer Ansiedlungen gefährdet, beinhaltet das Nein zum Verfassungspakt eine Ablehnung indianischer Ansprüche. — (mit)

## Bemühung um Einheit der PLO aussichtsreich?

Mitte September trafen sich in Jordanien Vertreter von zehn palästinensischen Organisationen, die z. T. in der PLO vertreten sind (z. B. die linken Gruppen DFLP und PFLP) und z. T. nicht (z. B. die islamische Hamas-Bewegung). Erklärtes Ziel war die Bildung einer Opposition gegen die weitere Teilnahme palästinensischer Vertreter an den Nahost-Verhandlungen und damit gegen die größte PLO-Fraktion, die Fatah, der PLO-Chef Arafat vorsteht. Einigkeit bestand, daß die Vertreter bei den Verhandlungen angesichts zionistischer Provokationen (lediglich Teilautonomie für einen Teil Palästinas) einen Ausverkauf palästinensischer Interessen und der einschlägigen UNO-Resolutionen eingeläutet hätten. Daher müsse es ein Referendum über die weitere Teilnahme an den Verhandlungen geben. Für den 23.9. wurde ein Generalstreik dafür ausgerufen, der nach Meldungen der israelischen Presse die größte Beteiligung aller Streiks der letzten Monate, auch in Südbanonen und Jordanien, erfuhr.

Daraufhin fand am 8. Oktober ein Gespräch zwischen Arafat und Habash, PFLP, statt, das der Wiederherstellung der Einheit der PLO dienen sollte; Habash betonte deren Notwendigkeit. Über

inhaltliche Annäherungen ist den Presseberichten nichts zu entnehmen. Eine Woche später entschied jedenfalls der Palästinensische Zentralrat, in dem die Fatah-Strömung die absolute Mehrheit hält, für eine weitere Beteiligung an den Verhandlungen und auch eine Fortsetzung des dort eingeschlagenen Kurses, der eine schrittweise Erweiterung des israelischen „Zugeständnisses“ einer Teilautonomieregelung für die 1967 besetzten Gebiete erreichen will, um diese Gebiete schließlich in eine palästinensisch-jordanische Konföderation einzubringen. Die nationale Einheit und die in den aufgeflackerten Intifada-Aktivitäten nach den palästinensischen Hungerstreiks des letzten Monats sichtbar gewordene Kampfbereitschaft eines Großteils des palästinensischen Volkes wird dieser Beschluß nicht fördern. Ob es allerdings eine Alternative, etwa die militärische Eskalation der Intifada (auf die jedenfalls keine Organisation, mit Ausnahme der Hamas, zielt), angesichts der momentanen Kräfteverhältnisse überhaupt gibt, darüber ist auch die palästinensische Linke uneinig.

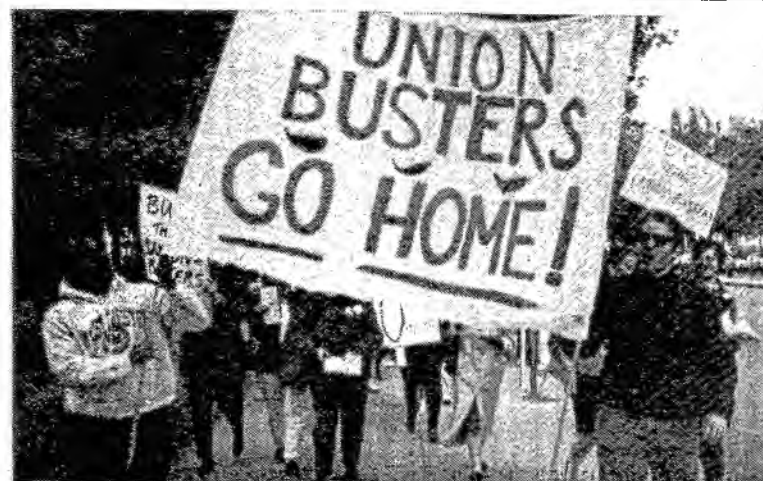
Quellen: *Jordan Times*, 21.9.92; *Jerusalem Post*, 24.9. und 9.10.92; *Palästina Bulletin* 22/92 v. 30. 10.92 — (uga)

## Textilarbeiter seit über fünf Monaten im Streik

**Guadalajara, Mexiko.** Am 14. April 1992 gingen die 215 Textilarbeiter im Norden von Guadalajara in die Betriebsferien. Als sie am 28. April zurückkamen, war das Werkstör verriegelt. Der Eigentümer, SABA, bot den Arbeitern an, in die Fabrik *Experiencia* zu gehen, die knapp vier Kilometer weiter entfernt ist und ebenfalls Textilien produziert. Die Arbeiter lehnten das Angebot ab und besetzten daraufhin am 9. Mai das Werksgelände, um die Maschinen und das Gebäude vor einem eventuellen Verkauf zu schützen. Zehn Tage später erreichten die Arbeiter mit ihrer Gewerkschaft, daß ihr Streik vom *Secretaria de Trabajo y prevision social* in Mexiko City für legal erklärt wurde. Die betriebliche Gewerkschaft, die die Fabrik besetzte, würde die Arbeiter unter Druck setzen, behauptete der Besitzer. Eine halbstaatliche Kommission befragte daraufhin alle Arbeiter: Keiner wollte, wie es der Besitzer behauptete, in der anderen Fabrik arbeiten. Hintergrund des geschlossenen Handelns der Arbeiter ist der Vertrag aus dem Jahre 1977, dem ein einjähriger Streik vorausging. Der damalige Eigentümer akzeptierte, daß die

Fabrik in ihrem Bestand erhalten bleibt, daß sie nach sechs Monaten modernisiert wird und dabei die Arbeitsbedingungen erheblich verbessert werden sollten und daß die Arbeiter das Recht auf Beschäftigung bis zum Rentenalter haben, mit all den damit verbundenen Ansprüchen. Nach einem Jahr verkaufte der Eigentümer die über 150 Jahre alte Traditionsfirma. Der jetzige Eigentümer übernahm die Pflichten aus dem Vertrag. Die Modernisierung wurde bis heute nicht durchgeführt. Vor einigen Jahren hat er auch Teile des großen Fabrikgeländes verkauft, auf dem jetzt ein Einkaufszentrum steht. Akzeptieren die Arbeiter den Wechsel in die andere Fabrik, gelten die ausgehandelten Arbeits- und Vertragsbedingungen aus dem Streik 1976/77 nicht mehr. Das Gebäude der anderen Fabrik ist auch nur gepachtet, und die Beschäftigten fürchten einen Tod auf Raten — dies in einer Zeit, in der in ganz Mexiko befürchtet wird, daß durch den gemeinsamen Markt mit den USA und Kanada in nächsten Zeit die Arbeitslosigkeit kräftig ansteigen wird. Die Arbeiter haben sich auf einen langen Streik eingestellt. — (mrm)

## Internationale Umschau



Studenten der Harvard-Universität und Mitglieder von Gewerkschaften protestierten Ende Oktober mit einer Kundgebung und Demonstration gegen die Versuche von gewerkschaftsfeindlichen Anwaltsbüros, Studenten an der Universität für ihre Arbeit zu rekrutieren. Eines der Anwaltsbüros war u. a. bei der Bekämpfung der Gewerkschaft des Bodenpersonals der Fluggesellschaft USAir eingesetzt gewesen. 300 Jurastudenten unterzeichneten eine Erklärung, daß sie für solche Anwaltsbüros nicht arbeiten. Die Kampagne der Gewerkschaften unter den Studenten gegen solche gewerkschaftsfeindlichen Firmen hat schon Tradition. Seit 1984 finden alljährlich an verschiedenen Universitäten Aktionen dieser Art statt, inzwischen beteiligten sich landesweit Studenten an 30 juristischen Fakultäten. — (rül, Bild: AFL/CIO-News)

### Siemens' Vordringen auf Ostmärkte stockt

Mit einem Ultimatum versucht Siemens zu retten, was der Konzern vor einem Jahr als „beste Voraussetzung für die Entwicklung eines Kraftwerksgeschäfts auf Weltniveau“ bezeichnet hatte: Der größte tschechoslowakische Maschinenbaukonzern Skoda müsse bis Monatsende den Vertrag über das Gemeinschaftsunternehmen Skoda Energo unterschreiben. An diesem Unternehmen wollte sich Siemens mit 67 % beteiligen, wovon 10 % an die französische Framatome weitergeschoben werden sollten. Siemens schwelgte bereits über den neuen „Niedriglohnstandort“ und „eine fast unangreifbare Kosten- und Wettbewerbsposition“ — doch Skoda fordert Neuverhandlungen und kritisiert vor allem die Zwei-Drittel-Mehrheit der ausländischen Konzerne. — (sc)

### Niederlande: Reallöhne sinken schon: „Lohnpause“

Regierung und Kapitalisten in den Niederlanden haben mit konzentriertem Druck für einen „Lohnstopp“ ein erstes Nachgeben der Gewerkschaften erreicht: In der Nacht zum 12. November stimmten die Gewerkschaften zu, den Beginn der nächsten Tarifverhandlungen um zwei Monate von Januar auf März zu verschieben. Bisher halten sie aber noch daran fest, im März dann rückwirkende Tarifanhebungen zu verlangen. Regierung und Kapitalisten dagegen wollen einen Nominallohnstopp, bei 2,5 % offizieller Teuerung also direkte Lohnsenkung. — (rül)

### Neutralitätsdiskussion im Wiener Parlament

Das österreichische Parlament billigte mit den Stimmen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP die Erklärung, mit der sich Österreich vorbehaltlos den außen- und sicherheitspolitischen Zielen der Maastrichter Verträge angeschlossen hat. Darüber hinaus forderten sie die Bundesregierung auf, „an der Entwicklung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems mitzuwirken“; ein Bezug auf die Neutralität Österreichs fehlt. Der Antrag der FPÖ, offen einen Verzicht auf die Neutralität Österreichs zu erklären, wurde abgelehnt. In der Debatte wand sich die SPÖ, daß eine Teilnahme an einem kollektiven Sicherheitssystem, das sich aus Nato, WEU und KSZE entwickeln müsse, ja keine Aufgabe der Neutralität bedeute. Die ÖVP dagegen meinte, daß die Neutralität mehr oder weniger „ersetzt“ werde durch die Teilnahme an einer neuen europäischen „Sicherheitsarchitektur“; sie sei stets nur „Mittel“ und nie „Ziel“ der Außenpolitik gewesen. FPÖ-Chef Haider forderte den sofortigen Nato-Beitritt Österreichs, die Neutralität sei von außen aufgezwungen gewesen und beschneide die Souveränität Österreichs. Die Grünen kritisierten, es bliebe nur die Wahl zwischen einem „Staatsbegräbnis des Herrn Haider und dem Armeebegräbnis der Koalition“, die die Neutralität im Hinterhof verscharren möchte. — (alk)

## Hungerstreiks und Proteste in Kurdistan

Am 12. November haben 18 kurdische Abgeordnete der HEP-Partei aus Protest gegen die anhaltenden Kurdenmassaker des türkischen Regimes einen Hungerstreik begonnen. In einer Erklärung stellten sie u. a. fest: „... Die Regierungsparteien ... sind seit 70 Jahren die treuen und gnadenlosen Wächter der offiziellen Ideologie (Staatspolitik) gewesen. In dieser Zeit wurde die Kurdenfrage durch Assimilation, Unterdrückung, jegliche Art von Leugnung ... bis in die Gegenwart fortgesetzt ... Die Gleichberechtigung der Kurden vor dem Gesetz ist nur dann möglich, wenn diese ihre Identität ablehnen und türkische Werte übernehmen. Nur dann kann man Abgeordneter und sogar Regierungspräsident werden. Sonst ist man als Kurde entweder Häftling oder Angeklagter ... Die SHP und DYP haben vor den Wahlen die Propaganda gemacht, daß sie den Ausnahmezustand, die Zensur, die Deportationsgesetze und das Dorfschüttersystem aufheben werden ... Diese Versprechen, die bei vielen Menschen Hoffnungen geweckt hatten, wurden aber leider nicht gehalten. Es hat sich in kürzester Zeit gezeigt, daß dies nur taktische Überlegungen waren, und diese Lügen sind wie ein Luftballon geplatzt ... Die Situation im Osten des Landes hat sich noch verschlechtert und wandelte sich zu einem unerklärten Krieg ... — Wir appellieren an die Öffentlichkeit in der Türkei und in der Welt, aufmerksam zu sein, um alle mittelalterlichen und auf Gewalt gestützten Methoden in der Region zu stoppen ... Aus diesem Grund setzen wir 18 Abgeordneten der Partei der Arbeit des Volkes unseren unbefristeten Hungerstreik, den wir im Parlament, das wir als den Ort der Lösung der Probleme begriffen hatten, begonnen haben, nun in der Hauptzentrale unserer Partei fort.“

— Wir rufen alle Demokraten, die so schnell wie möglich eine Lösung wollen, und alle Menschen und Institutionen, die ein Gewissen und Überzeugung besitzen, zur Solidarität und Unterstützung auf ...“

Zwei Tage nach Bekanntwerden dieser Erklärung berieten Vertreter der syrischen, der iranischen und der türkischen Regierung über ihre Zusammenarbeit gegen den kurdischen Befreiungskampf und lehnten jede kurdische Staatsbildung ausdrücklich ab. — (rül)

### Bericht bestätigt Massaker an Gefangenen

Einen Monat nach der blutigen Niederschlagung eines Gefangenenaufstandes im Gefängnis von São Paulo (Brasilien) widerlegt ein Bericht des Kriminalinstituts der Stadt vollständig die staatlichen Lügen: Danach hat die Polizei die Gefangenen erschossen, ohne daß es Gegenwehr gegeben hätte. Die Behauptungen, Gefangene hätten Wachpersonal und Polizei angegriffen und auf sie geschossen, treffen nicht zu. Kein Polizist erlitt eine Schußwunde; die Gefangenen waren unbewaffnet. Mindestens 85 der insgesamt 111 getöteten Gefangenen sind in ihren Zellen getötet, viele auf ihren Pritschen erschossen worden. Die Behörden hatten, um das Massaker zu vertuschen, die toten Gefangenen in Windeseile abtransportiert und zunächst von acht Toten gesprochen. — (sc)



Mit einem 24stündigen Streik protestierte am 21. Oktober die Belegschaft der Philips-Niederlassung in Brugge (Belgien) gegen neue Entlassungsvorhaben des Konzerns (Bild). In Brugge sollen 139 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Offizieller Grund: Flaute im Absatz von Fernsehern. Gleichzeitig will der Konzern die Schichtarbeit ausweiten: Eine vierte Schicht soll von 16 bis 22 Uhr arbeiten. Auch die belgischen Siemens-Niederlassung will rationalisieren: In Oostkamp will Siemens 131 Arbeiter und Angestellte entlassen und zugleich Lohnsenkungen um 2 % erzwingen. Hier beraten die Gewerkschaften ABVV und ACV noch über einen gemeinsamen 24stündigen Streik gegen diese Pläne. — (rül, Bild: Solidair)

## Illegal Beschäftigte abgeschoben

**Hamburg.** Am 4. 11. 92 wurden morgens auf der Werft Blohm + Voss 154 polnische Arbeiter festgenommen. Sie wurden der illegalen Beschäftigung verdächtigt und noch in der Nacht abgeschoben. Sie arbeiteten auf der „America Cormorant“ und waren als Besatzungsmitglieder durch die Reederei getarnt worden. Sie mußten für ca. 5 DM die Stunde in Handarbeit Rost in den Laderäumen entfernen, ohne ausreichend Werkzeug und Schutzausrüstung. Leiharbeiter ist in dieser Größenordnung Alltag auf der Werft seit Anfang der 80er Jahre. Seitdem wurde die Belegschaft auf den olympiareifen Kern zusammenrationalisiert. Daß beim Einsatz von Leiharbeitern gegebenenfalls dann auch illegale Beschäftigung über Subunternehmer oder Werkverträge eine Rolle spielt, hat mancher schon immer geahnt. Jetzt ist es einmal in großem Maßstab aufgefliegen. Obwohl von seiten des Betriebsrates bereits seit Wochen der Verdacht auf illegale Beschäftigung auf diesem Schiff bestand, sind ihm rechtlich die Hände gebunden gewesen. Eine Woche vor der Polizeiaktion unternahm das Arbeitsamt eine Inspektion des Schiffes und beruhigte den Betriebsrat: „Alles o.k. an Bord!“

In der Presse hat der Vorstand nun alles getan, um seine Verantwortlichkeit

in dieser Sache zu widerlegen. Tatsache ist aber, daß viele Sachen dagegen sprechen. Bereits am 30. 9. 92 anlässlich einer Betriebsversammlung wurde der Vorstand vom Betriebsrat auf offensichtliche illegale Beschäftigung auf dem Schiff hingewiesen, nachdem Kollegen aus der Schiffsreparatur ihre Beobachtungen gemacht hatten. Für den Vorstand erklärte der Arbeitsdirektor Hütten, daß B + V wegen Zahlungsschwierigkeiten der Kunden seine Leistungen auf dem Schiff eingestellt hätte; von illegaler Beschäftigung wußte er nichts, würde der Sache aber nachgehen. Mit dieser Aussage wurde die Belegschaft beruhigt. Später wurde auf einer Betriebsratssitzung durch die Reparaturabteilung berichtet, daß 32 polnische Arbeiter auf der Besatzungsliste stehen würden. Seit dem 30. 9. 92 gab es also starke Hinweise für den Vorstand, hier einzuschreiten. Der Vorstand hat aber nichts unternommen und somit praktisch die Ausbeutung der polnischen Arbeiter für 5 DM die Stunde billigend in Kauf genommen, ebenso die Tatsache der Verschleierung durch das deutsche Subunternehmen und die amerikanische Reederei. Erst als die Sache aufflog, beilegte man sich zu erklären, man hätte nichts damit zu tun. Noch ermittelt die Staatsanwaltschaft. — (mie)

## „Alle Grundrechte stehen auf dem Spiel“

**Köln.** Am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, beteiligten sich 15 000 bis 20 000 Leute an der Demonstration und der Kundgebung eines Aktionsbündnisses, zu dem SPD, DGB u. a. bis hin zu den Autonomen gehörten. Das Motto war: „Grundrechte verteidigen, Flüchtlinge schützen, Rassismus bekämpfen.“ Unabhängig davon bereiteten bekannte Rockgruppen aus Köln ein Konzert gegen Rechts vor, das praktisch im Anschluß an die Demonstration stattfand, zu dem dann 100 000 Leute kamen. Das Motto lautete in hochdeutsch „Arsch hoch! Zähne auseinander!“ Die Rockgruppen hatten sich u. a. deshalb für ein solches Konzert entschlossen, um der faschistischen „Deutschen Liga“ entgegenzutreten, die sich immer mehr der kölschen Mundart bedient und darüber Verwirrung stiftet.

Versuche des SPD-Oberbürgermeisters, CDU und FDP in das Bündnis einzuliedern, scheiterten, so daß er mit ihnen einen Tag vorher, am Sonntag, eine eigene Kundgebung durchführte, zu der immerhin 3 000 Leute kamen.

Auf der Kundgebung des Aktionsbündnisses sprachen keine prominenten Redner, sondern Leute, die am Ort politisch tätig sind. Auffällig war, daß fast alle betonten, daß durch eine Änderung des Artikels 16 Grundgesetz die BRD eine andere Gesellschaftsordnung wird. So sagte z. B. der Widerstandskämpfer und Kommunist Kurt Bachmann:

„1992 ist nicht 1933. Aber es ist auf dem Weg dahin ... Was heute auf dem Spiel steht sind alle Grundrechte unserer

Verfassung, konkret das Recht auf politisches Asyl, wie das Recht auf den Rechtsweg. Noch nie traten Neonazis, Skinheads und ihre Mitläufer so gewalttätig und organisiert auf. Offensichtlich besteht die Gefahr, daß eine bundesweite Befehlsstruktur aus bestehenden neofaschistischen Organisationen entsteht ... Die Rechtskonservativen in den Regierungsparteien betreiben eine Politik der Aushöhlung unantastbarer Grundrechte unserer Verfassung. Dabei wird ein Zusammenspiel mit rechtsextremen Kräften sichtbar. Die Übergänge sind fließend.“

Die Faschisten, die in Köln Ratsmandate haben, wollten die antifaschistischen Veranstaltungen stören. Die Polizei verbot ihre Kundgebung, u. a. mit dem Hinweis, daß sie das Rockkonzert, das für ein friedliches Zusammenleben eintritt, stören wollen. Dies war das dritte Verbot der Kölner Polizei gegen eine Veranstaltung der Deutschen Liga. Diese meldete dann parallel ein Rockkonzert gegen das „deutschfeindliche Musikspektakel“ an. Dort sollte die faschistische Rockgruppe „Störkraft“ spielen. Dies genehmigte die Stadt Köln nicht und begründete dies nicht formal, sondern politisch, und wies darauf hin, daß die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften die Langspielplatte von „Störkraft“ in die Liste der jugendgefährdenden Schriften (Index) eingetragen habe. Eine Entscheidung, die von bundesweiter Bedeutung ist. Die neueste Ausgabe der *Antifaschistischen Nachrichten* berichten ausführlicher. — (jöd)



Kurt Bachmann, Widerstandskämpfer und Kommunist, spricht auf der Kölner Kundgebung. Foto: af/mz

## Über 250 000 Obdachlose in Nordrhein-Westfalen

**Köln.** Der Westfälische Herbergsverband schätzt, daß etwa 263 000 Menschen im Bundesland Nordrhein-Westfalen ohne Wohnraum sind oder nur völlig unzureichend mit Wohnraum versorgt sind. Etwa 50 000 Menschen davon leben in Obdachlosenunterkünften, mindestens 22 000 weitere Menschen sind vollständig obdachlos, sie gelten bei den Behörden in Nordrhein-Westfalen als „nicht seßhaft“. 191 000 Menschen stehen entweder unmittelbar vor dem Wohnungsverlust oder müssen in völlig unzumutbaren Wohnverhältnissen leben. Nicht gezählt sind hierbei die vielen Menschen, die zum Beispiel vorübergehend bei Verwandten oder Freunden unterkommen müssen, weil sie sonst kein Dach mehr über dem Kopf haben. — (uld, aus: Lokalberichte Köln Nr. 23/92)

## 1. Instanz: Wege-/Rüstzeiten-Verfahren verloren

**Hamburg.** Rund 3 000 Mitglieder haben die ÖTV-Bezirksverwaltung bevollmächtigt, die Wege- und Rüstzeitenpauschale von DM 137,80 zurückzuklagen. Grundlage des Verfahrens ist die Besitzstandsklausel zur 1991 neugefaßten, verschlechterten Protokollnotiz zum § 15(7), in der es heißt, daß örtliche Regelungen „nicht berührt“ werden. Somit wäre die Kündigung der örtlichen Pauschale nicht im Sinne der Tarifvertragsparteien gewesen und verstieße gegen die erklärte Absicht, diese nicht anzutasten. In der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht Hamburg wurde diese Rechtsauffassung verneint. „Nicht berührt“ heißt eben nicht dasselbe wie „soll bestehen bleiben“. Außer der Ent-

täuschung über das erstinstanzliche Scheitern machen deutliche Anzeichen dafür zu schaffen, daß die eigene Verhandlungskommission von 1991 verantwortlich für diese Schlappe ist, weil sie über die Sach- und Rechtslage unzutreffend informierte. — (flm, scc)

## ÖTV Nordost-Niedersachsen zur Tarifrunde

**Niedersachsen.** Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Nordost-Niedersachsen beschloß viele tarifliche und politische Forderungen. Zur Tarifrunde wurden die betrieblichen Forderungen zusammengefaßt: Eine starke Mehrheit fordert Festbeträge zwischen 200 und 300 Mark. Für Arbeitszeitverkürzung fand sich keine Mehrheit. Eine starke Minderheit will Wochenarbeitszeitverkürzung bzw. mehr Urlaub. Gefordert werden u. a. Tarifverhandlungen für die Anlage 1a BAT (Verwaltungsangestellte), einzelne bessere Eingruppierungen für Bauzeichner, Hygiene- und Funktionsschwernern, weitere tarifliche Verbesserungen für Mehrarbeit bei Teilzeitarbeit. — (cbs, gekürzt: scc)

## Faktische Wiedereinführung der Zwangsarbeit

**Hamburg.** Die angeblich fehlende Motivation so manchen Sozialhilfeempfängers hat seit Jahren in den verschiedenen Sozialämtern Pläne hervorgerufen, Klienten mit eigenen geeigneten Vermittlungsbemühungen wieder in Arbeit zu bringen. Sie werden im Sozialamt Altona durch direkte Anrufe bei MacDonalds zu Vorstellungsterminen gebracht, oder es werden ihnen kopierte Seiten des Branchenverzeichnisses in die Hand gedrückt, in denen bestimmte Leiharbeitsfirmen markiert waren. Im Sozialamt

Wandsbek werden v. a. Flüchtlinge geringfügig bezahlte Beschäftigungsverhältnisse gezwungen, indem ihnen vorspiegelt, bei Loslösung von Sozialhilfe die Aufenthaltserlaubnis ermögliichen. In vielen Ämtern wird zwischen verlangt, daß der Arbeitsaufwand auf einem Formblatt zwischen drei Werbungen pro Woche oder fünf pro (!) nachweisen soll. Wer sich weigert, dem wird in einem abgestuften Verfahren die Sozialhilfe zuerst kürzt und später eingestellt. Die bürger Sozialamtsleiter hatten im Oktober 1991 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jeder Sozialhilfeempfänger *aktiv* bemüht sein muß, eine Arbeit aufzunehmen, und zwar grundsätzlich j Tätigkeit. Schuldhaftige Arbeitsverweigerung wird vorgeworfen bei: „Nichtmündung beim Arbeitsamt; Ablehnung angebotener zumutbarer Arbeit, Gültigkeit bei der Arbeitssuche mit dem erkennbaren Ziel, nicht zu arbeiten grobe Vernachlässigung des äußeren, mangelnde Hygiene“. — (ena)

## Dritter entmilitarisierter Volkstrauertag

**Mannheim.** Gegen den heftigen Widerstand des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Soldatenverbände war es gelungen, den „Friedensengel“ (1952 enthüllt) statt des „Soldatenehrens“ auf dem Hauptfriedhof zum 100. der Feiertage zu machen. Die Staatsanwältin i. R. Just-Dahlmann vom Verein für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sprach sich scharf gegen das Reden von der „Versöhnung über den Gräbern“ aus; es verbiete sich gegenüber den Mordopfern des Nazi-Terrors. — Die DFG/VK legte wieder einen Kranz für die Deserteure neben dem Bundeswehrkranz nieder. — (tht)



## Essen: Gegen Faschisten, für das Recht auf Asyl

**Essen.** Rund 1 200 Leute, darunter viele Schüler, demonstrierten am 9. November in der Essener Innenstadt gegen faschistischen Terror und gegen jede Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. Es sprachen Vertreter von Ausländerbeirat, Bezirksschülervertretung, DGB, VVN-BdA, autonomer Antifa und einer Flüchtlingsinitiative. — Bereits zwei Tage vorher, am 7. 11., beteiligten sich 3 000 Leute an der von der Stadt initiierten Kundgebung „Eine Stadt für alle Menschen“. Der einzige Redner, Klaus Bölling (SPD), wurde heftig ausgepöffelt, als er für die Änderung von Art. 16 Grundgesetz eintrat. — (wof; Bild: M. Sch.)

## Bundesvorsitzender der NPD wegen „Holocaust-Lüge“ verurteilt

**Mannheim.** Am 13. November wurde Günter Deckert vom Landgericht Mannheim nach drei Verhandlungstagen wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und übler Nachrede zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Strafe wurde auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Deckert ist Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der NPD Baden-Württemberg. Seit 1979 sitzt er mit seiner „Deutschen Liste“ im Gemeinderat von Weinheim.

In dem Verfahren geht es um eine von Deckert geleitete Veranstaltung mit dem US-Amerikaner Fred Leuchter. Die Veranstaltung fand am 10. November 1991 in Weinheim statt. Leuchter stellte auf der Veranstaltung seinen „Leuchter-Report“ vor, wo er angeblich wissenschaftlich nachgewiesen haben will, daß es in Auschwitz überhaupt keine Gaskammern geben konnte.

Die Anklage beruht wesentlich auf einem Video über die Veranstaltung, das über die faschistische Monatszeitschrift *Nation Europa* vertrieben wird.

Leuchter gilt in seinen Kreisen als „Hinrichtungsexperte“, da er als Konstrukteur und Fabrikant moderner Gaskammern und anderer Hinrichtungsmaschinen für verschiedene US-Gefängnisse gearbeitet hat. Auf eine entsprechende Frage des Richters brüstete sich Deckert sinngemäß damit, daß „Leuch-

ter weltweit die Nr. 1 für Hinrichtungen mit Strom, Gas und mit Spritze“ sei. In seinem „Leuchter-Report“ stellt er die Behauptung auf, daß die NS-Massenvernichtung aus technischen Gründen gar nicht hätte stattfinden können.

In dem Videomitschnitt gibt sich Deckert als Veranstalter zu erkennen. Deckert übersetzt den Vortrag von Leuchter nicht simultan, sondern zustimmend: „Es ist interessant, wenn man also annimmt, daß man die — umbringt und verbrennt, dann gibt es folgende Zahlen: daß man, um sechs Millionen umzubringen, zu vergasen, 68 Jahre gebraucht hätte und um diese zu verbrennen, 35 Jahre.“ Die Hinrichtungen müßten also noch bis zum Jahre 2006 stattfinden. Leuchter und Deckert witzeln gemeinsam unter dem Gelächter der 120 geladenen Zuhörer: „Let's stop them now and end the Holocaust“. Sie verhöhnern die Überlebenden von Auschwitz als „Holos“ und behaupten, die „Klarsfeld-Sippe“ samt jüdischer Gruppen versuchten, Leuchter in seiner Existenz zu vernichten. Deckert spricht von der „Gaskammerlüge“, die den Deutschen aufgedrückt worden sei.

Deckert nutzte den Prozeß immer wieder für laute und lange Monologe. Der Vorsitzende Richter Nußbruch ließ ihn gewähren. Deckert und sein Anwalt verschanzten sich hinter der angeblichen Wissenschaftlichkeit von Leuchter. Staatsanwalt Klein stellte u. a. die Frage,

ob Deckert sich mit den Thesen Leuchters identifiziere. Deckert daraufhin: „Ich bin kein Experte in solchen Dingen. Im Gegensatz zum Herrn Staatsanwalt gebe ich das gerne zu.“

Deckert versuchte, seinen Auftritt zu einem Tribunal gegen Staatsanwaltschaft, Presse und Staat zu machen, die „deutsch-nationales Gedankengut“ kriminalisieren würden. Vor allem dem Staatsanwalt, der „eines Juristen unwürdig“ sei, ging er teilweise unter dem Applaus eines Teils der Prozeßzuschauer hart an. „Wenn ich Innenminister wäre, würden sie anders reden, Herr Staatsanwalt“, raunte Deckert, der von 1968 bis 1982 als Gymnasiallehrer in Mannheim tätig war, später in Heidelberg und Ladenburg, ehe er 1989 vom Schuldienst suspendiert wurde. In seinem Schlußwort ließ Deckert angesichts der drohenden Verurteilung seiner Gesinnung vollends freien Lauf: „Auf der Anklagebank sitzt ein ganzes Volk, im Sinne von Diwald, das gefügig gemacht werden soll.“ Das deutsche Volk solle ständig im Büßergewand vorgeführt werden. Er fühle sich in der Rolle eines neuen Juden, während „farbige Dealer“ und/oder „ausländische mordende Zuhälter“ freigesprochen würden.

Der Gerichtssaal war mit jeweils über 170 Leuten — Antifaschisten und Faschisten etwa zur Hälfte — und zum Teil überregionaler Presse voll besetzt. — (scr)





**Mannheim.** Rund 3000 Leute demonstrierten am 7.11. gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, gegen neofaschistischen Terror und für ungeänderte Beibehaltung des Asylrechts. Fast die gesamte Mannheimer Linke hatte aufgerufen. Es fehlten jedoch DGB und SPD wegen der klaren Stellungnahme zum Asylrecht. — (tht)

## Aktionseinheit gegen die Phantomlieferungen

**Freiburg.** Von den Fliegerhorsten Breunhof bei Bad Krozingen und Leck bei Flensburg werden 46 Kriessflugzeuge vom Typ Phantom bis Ende 1992 an die Türkei ausgeliefert. Für den Türkei-Einsatz werden die Maschinen bei MBB in Ottobrunn/München umgerüstet. Am 22.10 gründete sich in Freiburg die „Aktionseinheit gegen den Export von Phantomflugzeugen“. Sie fordert u.a., daß keines der Kriessflugzeuge an die Türkei geliefert wird, die Einstellung der Militär-, Ausbildungs- und Wirtschaftshilfe der BRD an das türkische Regime, die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Kurdistan, die Unterstützung eines kurdischen Referendums. Die Aktionseinheit wird getragen von: Rüstungs-Informationsbüro Baden-Würt., Türkei- und Kurdistangruppe, Kurdistan-Solidarität, UnterstützerInnen der ERNK, Kritische AktionärInnen Daimler Benz Stuttgart, Ohne Rüstung Leben Stuttgart, BUKO-Koordination „Stoppt den Rüstungsexport“ Bremen, Die Grünen LV Baden-Würt., Südbadisches Bündnis gegen Abschiebung, Nicaragua AK der ev. FH Freiburg. — (rub)

## DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und Rassismus

**Hannover.** An der landesweiten Demonstration des DGB unter dem Motto „So nicht Deutschland...! Gegen Karrenzüge, Sozialabbau, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, Aushebeln der Tarifautonomie“ beteiligten sich am 7.11. ca. 15000 Leute. Erfreulich war, daß viele Transparente gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus getragen

wurden. Ausländische Kollegen wandten sich gegen Rassenhaß und Faschismus (DIDF) und forderten Wahlrecht für Ausländer. Wie auf Transparenten wandten sich auch die Redner auf der Kundgebung eher allgemein gegen Sozialabbau, den sozialen Kahlschlag, forderten Ausbau und nicht Abbau des Sozialstaates. — (bee, gekürzt: scc)

## Gegen Aussetzung der Kindergartenrichtlinien

**Stuttgart.** Mit der Begründung, die Kommunen von Gängelung und Bürokratie zu befreien und so die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, wurden die Kindergartenrichtlinien von der Landesregierung trotz massiver Proteste außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurde von Ministerpräsident Teufel schon angekündigt, im neuen Jahr die Neustrukturierung der Förderung in Angriff zu nehmen, was nichts Gutes erwarten läßt. Gegen die Aussetzung fand am Freitag, den 13. November, ab 14 Uhr eine Kundgebung und Demonstration statt, zu der 1000 Eltern und Beschäftigte kamen. Den Beschäftigten wurde schon etwas Mut abverlangt, denn die Aktion fand während der Arbeitszeit statt, etliche Einrichtungen waren geschlossen oder liefen nur mit Notgruppen. Ohne die Unterstützung der Eltern wäre die Aktion nicht möglich gewesen. Auf der Kundgebung versicherte die Grünen, wie auch die SPD-Vertreterin ihre Unterstützung. Sie wollen sich im Gemeinderat dafür einsetzen, daß es keine Verschlechterung der Qualität in Stuttgarter Kindertagesstätten gibt. Gewerkschaft und Beschäftigte kündigten weitere Aktionen an, unter anderem die Weigerung, noch mehr Kinder in die Gruppen aufzunehmen. — (unb)

# Ökologische Linke Liste: Antigrünes Bündnis in Frankfurt

**Frankfurt.** Ende Oktober wurde die linke Öffentlichkeit in Frankfurt mit der Kandidatur einer „Ökologischen Linken Liste“ für die Kommunalwahlen im März 1993 überrascht: Auf Platz 1 Jutta Dittfurth, Ökologische Linke, auf Platz 2 Jakob Moneta, PDS und IV. Internationale. Ihre Programmatik dokumentieren wir unten. Mit dieser Gründung ist zunächst einmal der Versuch gescheitert, in der bekannt zerstrittenen Frankfurter Linken ein breites Wahlbündnis zu schaffen. In ihrem Frankfurter Mitgliederbrief schreibt ein Autor der DKP: „Ihrem Anspruch sind beide Gruppierungen auch nicht im Geringsten getreu geworden. Die PDS hat sich politisch über den Tisch ziehen lassen. Was programmatisch vorliegt, ist dünn und in der Stoßrichtung weiter primär gegen „Rosagrün“ statt gegen „Schwarzbraun“ gerichtet. Die Ökoli hat es im Gegensatz zu ihren großen diesbezüglichen Tönen auch nicht im Ansatz geschafft, die existierenden Frankfurter Initiativen einzubeziehen. Letztlich läuft dieses Bündnis darauf hinaus, daß sich ein Teil der PDS an den Namen Dittfurth anhängt, die Ökoli sich im Gegenzug einen warmen Regen aus den Berliner Wahlkampftöpfen der PDS erhoffen kann.“

Die Erbitterung der DKP Frankfurt über ihre Ausgrenzung aus dem Bündnis ist verständlich, war sie doch die einzige politische Kraft auf der Linken in Frankfurt, die im Lauf des Jahres programmatische Forderungen zu vielen Feldern kommunaler Politik entwickelt hatte.

Im letzten Herbst las es sich noch anders bei der PDS: „Die PDS/Linke Liste Hessen ist bereit, mit allen linken Kräften Gespräche zur Bildung linker Bündnisse für die kommenden Kommunalwahlen einzuleiten. Wir laden dazu auch die hessische DKP ein, die einen wichtigen Beitrag für das Entstehen eines breiten linken Bündnisses leisten kann.“ (Koordinationsrat der südheßischen Regionalkonferenz der PDS/Linke Liste Hessen am 9.9.92). Im Januar 92 veröffentlichte die PDS-Zeitschrift „Hessen Links“ einen Aufruf zu einer hessenweiten kommunalpolitischen Konferenz, auf welche die Hoffnung gesetzt wurde, „die Zerrissenheit der Linken zu beenden, um gemeinsam unseren Gegnern zu widerstehen.“ In dem Aufruf wurden eine Menge nützlicher Forderungen entwickelt, die der Erweiterung emanzipatorischer Spielräume auf der kommunalen Ebene gegen staatlichen Zentralismus dienten. Was damals schon verwunderte, daß für diese Forde-

rungen unbedingt zunächst „prominente Unterzeichner“ gefunden werden sollten.

Die hessische Konferenz fand dann nie statt, mangelte es an prominenten Unterzeichnern? Im Mai 1992 sprach sich der Bundesgeschäftsführer der PDS, Wolfgang Gehrcke, in Frankfurt gegen ein Bündnis aus, „das aus der Summe der diversen linken Gruppen besteht, mit einer gewissen Schlagseite hin zu einer Politik der roten Tische.“ Denn dieses „wäre nicht nur eine politische Eingrenzung für die PDS, was die politischen Aussagen betrifft, sondern hätte wenig überregionale Ausstrahlung.“ Die Frankfurter Kreismitgliederversammlung müsse entscheiden, „ob ein Bündnis PDS mit der Ökologischen Linken um Jutta Dittfurth eingegangen wird oder nicht.“ Der Landesgeschäftsführer der PDS Hessen maß einem Bündnis in Frankfurt zwischen Jutta Dittfurth Ökoli/PDS Linke Liste „höchste strategische Bedeutung für die gesamte Partei zu.“ (Zitate aus Hessen links 5/92)

Aus der hessenweiten Konferenz wurde eine „Frankfurter Oppositionskonferenz“ am 26.9., aus deren Vorbereitung

die DKP ausgeschlossen wurde. Auf der Konferenz geiselten die Ökolinken alles von Cohn-Bendit bis zur DKP als kleinbürgerlich und rassistisch — Cohn-Bendit wegen seiner „Multikulturpolitik“, die DKP, weil sie eine kommunale Wirtschaftspolitik für „Frankfurter“ fordere. Von den dort angekündigten Arbeitsgemeinschaften hörte man nichts mehr, stattdessen wurden — streng basisdemokratisch — von einem Verein in nichtöffentlicher Sitzung die Kandidaten für die Kommunalwahl gekürt.

Es könnte leicht sein, daß die Blütensträume vom „Traumpaar Gysi/Dittfurth“, das in Frankfurt die 5%-Hürde überspringt, platzen, und stattdessen folgendes Szenario Wirklichkeit wird: SPD-GRÜNE verlieren die Mehrheit in Frankfurt, die REP ziehen in die Stadtverordnetenversammlung ein. Für die Wahl des/der OB findet sich keine Mehrheit. Frau Roth von der CDU wird im Wege der Direktwahl — mit den Stimmen von REP-Anhängern Oberbürgermeisterin. „Auch rosa-grün ist zum Kotzen“ titulierte Ökolinke und PDS den Oppositionskongress. Und was ist mit schwarz-braun? — (gst)

## Auszüge aus: „Warum wir kandidieren“

... Wir wollen in Frankfurt eine Stadtopposition aufbauen. Wir wollen die Konfrontation mit der rosagrünen Bankrottspolitik, die doch nur die Fortsetzung der Politik der CDU mit anderen Mitteln darstellt, während hinter den Kulissen schon längst über eine große Koalition verhandelt wird. Rosagrün in der Realität ist die Kontinuität einer Politik, die viele Menschen immer ärmer macht, die sie erniedrigt, ausgrenzt, isoliert. ... Bankrott meint: selbst die kleinsten Reformvorhaben bleiben auf der Strecke, während Rosagrün „Law and order“ entdeckt und tagtäglich seine Kapitalfreundlichkeit aufs Unterwürfigste beweist.

Die Interessen der Menschen an solidarischem Zusammenleben, humanen Wohnungen, sinnvoller Arbeit, angestrebter Fortbewegung, einer intakten Natur, an Freiheit von patriarchalen und anderen Gewaltstrukturen und Rassismus, werden von Rosagrün-schwarz den herrschenden

Wirtschaftsinteressen unterworfen.

— Hochhäuser werden rosagrün oft schneller genehmigt als unter der CDU. ...

— Statt die Armut zu bekämpfen, werden die Armen bekämpft. ...

— Von Frankfurt geht keine einzige Initiative aus für ein menschenwürdiges Grundeinkommen. Stattdessen: eine Wirtschaftspolitik, die zur Verelendung beiträgt. ...

— Kulturpolitik? Stillstand. Die Glanz- und Glimmer-Großkultur der CDU wird verwaltet. Nichts wird in eine selbstbestimmte, dezentrale Kultur umgelenkt. ...

— Neben den offenen, brutalen Formen des Rassismus: der subtilere Multikulti-Rassismus, der Flüchtlinge auf ihre ökonomische Verwertbarkeit, auf ihre Nützlichkeit für die gehobene Mittelschicht beschränkt. ...

... Nichts hat sich unter Rosagrün an der Ausbeutung des Menschen und an der Zerstörung der Natur geändert. Im Gegenteil, manche Zerstörungsprozesse wurden aus Opportunismus noch beschleunigt. ...

## Schülerproteste gegen Rotstift bei Bildung

**Kiel.** Zum zweiten Mal seit 1989 machte die LandesschülerInnenvertretung (LSV) mobil gegen Unterrichtsausfall und Lehrkräftemangel an Schulen in Schleswig-Holstein. In einem Aufruf der LSV heißt es: „Scheiß Schule — Der Ausspruch trifft heute noch immer zu. Er beschreibt die Situation in der hiesigen Schullandschaft treffend. ... Neben den Gebäuden verrotten auch die Inhalte des Unterrichts. Es fehlt an Lehrkräften, den stetig wachsenden Stoff den steigenden Zahlen von SchülerInnen zu vermitteln. Über 500000 Stunden fallen Jahr für Jahr planmäßig an den Schulen in Schleswig-Holstein aus. Und das Schlimmste steht uns noch bevor. Bis zum Jahr 2000 sollen die SchülerInnenzahlen um knapp 20% ansteigen. Gleichzeitig werden von der Landesregierung kaum neue LehrerInnen eingestellt. ... Doch wie lange kann das noch gut gehen? Wann wird dieses System zwangsläufig zusammenbrechen? Schon heute gibt es von oben verordnete Mammutklassen. In diesen wird die oder der einzelne SchülerIn zum Massenobjekt. Eine gleichwertige und gerechte Bewertung der Leistung ist nur noch schwer möglich. Zudem kommt ein Identifikationsverlust mit Schule, einem wesentlichen Bestandteil der SchülerInnen, wenn sie als Massenobjekt und nicht als individuelle Menschen gesehen werden. ... Zu hoch angesetzte Kursmindestgrößen verhindern die freie

Wahlmöglichkeit. ... Das Niveau der Schulen in Schleswig-Holstein sinkt dank der Sparmaßnahmen. ... Um der Kultusministerin Frau Tidick (SPD) über die Forderungen der SchülerInnen Bescheid zu geben, fand am 4.11.92 eine landesweite Demonstration in Kiel statt.

Frau Tidick wies die Vorwürfe zurück und sprach von einer überdurchschnittlich guten Unterrichtsversorgung im Vergleich mit anderen Bundesländern.

Die Demonstration wurde von rund 2500 Menschen besucht. Die relativ geringe TeilnehmerInnenzahl als auch die Tatsache, daß der von der LSV vorgeschlagene Aktionstag am 2.11. nur vereinzelt oder in Form einer kurzen Ansprache der jeweiligen SV stattfand, kennzeichnet den schwachen Zusammenhang zwischen den SchülerInnen untereinander. So finden im allgemeinen kaum Diskussionen um die gemeinsamen Interessen von SchülerInnen statt. Was und wie wollen wir lernen? Wie kommen alle zu ihrem Recht auf gute Bildung? Das sind Fragen, die nicht gestellt werden. Das isolierte Durchkommen bis zum Abschluß ist angesagt und wird auch so vorgegeben.

So ist es dann auch kein Wunder, wenn man bei Radio Schleswig-Holstein in jenen Tagen einen befragten Schüler gegen die Gesamtschule hetzen hörte. Quelle: Kieler Nachrichten vom 5.11.92 — (tip)

## Stahl: Erneuter Kriseneinbruch soll zur Lohnsenkung genutzt werden

**Dortmund.** „Jede Mark zählt“, so hat die IG Metall ihr letztes Flugblatt zu den Tarifverhandlungen für die 125000 Beschäftigten der nordwestdeutschen Stahlindustrie überschrieben. Seit dem 31.10.1992 sind die Tarifverträge über Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung offen. Bei den bisher zwei Verhandlungsterminen haben die Kapitalisten kein Angebot vorgelegt. Dennoch hegt die IG Metall-Verhandlungskommission Hoffnung auf einen schnellen Abschluß: Anders als im letzten Jahr seien auch die Kapitalisten an einem „zügigen Verhandlungstempo“ interessiert.

Über die mögliche Höhe eines Abschlusses ist damit nichts ausgesagt. Und die soll wahrscheinlich niedriger sein, als sich die IG Metall-Tarifkommission dies derzeit vorstellt. Die Kapitalisten trommeln seit Monaten für Lohnverzicht. Als Beispiel führen sie immer wieder den Abschluß bei der Lufthansa an. Ruprecht Vondran, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, sprach in diesem Zusammenhang von einem neuen „Wir-Gefühl“. In jedem Fall wollen die Kapitalisten unter dem Metall-Abschluß bleiben, der mit 5,4% für zwölf Monate und 3% für neun Monate die Interessen der unteren Lohngruppen ohnehin schon verletzt hat.

Im Gegensatz zu den letzten Jahren tritt die IG Metall solchen Abkopplungsabsichten nicht mehr entgegen. Die Forderung liegt unter der für die me-

talverarbeitende Industrie vom Frühjahr: 7,5% mehr bei Lohn und Gehalt und zwischen 185 DM und 140 DM bei den Ausbildungsvergütungen. In der Tarifkommission fand dieser Vorschlag der Verhandlungskommission eine Mehrheit von 86 zu 16 Stimmen. In den betrieblichen Vertrauenskörpern war die Diskussion jedoch sehr uneinheitlich. Einige hatten in diesem Jahr gar keine Forderungsvorschläge beschlossen, andere deutlich höhere. Die 400 IG Metall-Vertrauensleute von Hoesch in Dortmund beschlossen auch gegen das Votum von IG Metall-Vorstandsmitglied Zwickel 9,5%.

Ohne Zweifel sind die Bedingungen, unter denen die Tarifaufeinandersetzung stattfindet, schwierig. Die Stahlproduktion wird in der Bundesrepublik 1992 voraussichtlich 41 Mio. t betragen. Das sind zwar nur 1,5 Mio. t oder rund 3,5% weniger, als 1991. Die Auftragsengänge sind allein im dritten Quartal jedoch um 11,5% gegenüber dem Vorjahr gefallen. Gleichzeitig klagen die Kapitalisten über einen drastischen Preisverfall, den sie allerdings selbst zu verantworten haben: Über ihre Handelshäuser importieren sie seit Monaten zu Dumpingpreisen Stahl aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR.

Durch diese Entwicklung hat sich die Konkurrenz unter den Stahlkonzernen wieder erheblich verschärft. Seit Monaten veröffentlichen die Kapitalisten wü-

ste Rationalisierungsvorhaben. Mindestens 15000 Beschäftigte sollen in den nächsten zwei Jahren abgebaut werden. Gleichzeitig ist die Diskussion um Überkapazitäten wieder aufgeflammt. Zwischen 12,5 und 25 Mio. Jahrestonnen müssen nach Ansicht der Kapitalisten in der EG abgebaut werden — vorrangig natürlich bei der Konkurrenz. Die BRD-Stahlkapitalisten drängen auf ein neues EG-Krisenkartell.

Doch auch Klöckner Bremen und kleinere Stahlwerke außerhalb des Tarifgebiets, wie die bayrische Maxhütte, stehen angeblich vor existentiellen Problemen. Die ostdeutschen Stahlwerke werden von den Konzernchefs inzwischen offen als überflüssig angesehen. Auch deswegen will Krupp EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt nicht mehr aufkaufen.

Vor diesem Hintergrund erhöhen die Stahlkonzerne planmäßig den Druck auf die Belegschaften. Alle Stahlwerke an der Ruhr haben inzwischen Kurzarbeitsphasen zum Jahreswechsel angekündigt, zum Teil für mehrere Wochen. „Jede Mark zählt“, diese Aussage ist umso richtiger. Etwas bewirken kann die IG Metall jedoch nur, wenn sie für die Sicherung der Realeinkommen insbesondere der unteren Lohngruppen eintritt. Davon ist nicht viel zu spüren.

Quellen: Stahl-Flugblätter der IG Metall; „metall“ Nr. 13, 20 und 22/92; „SoZ“ 20/92; „Der Spiegel“ vom 12.10.1992; „WAZ“ vom 20.10. und 10.11.1992 — (wof)

## Kurz berichtet

Kein Organhandel  
in der Charité

**Berlin.** Die Charité hat nicht mit Organen gehandelt. Sie hat lediglich über Intertransplant und Eurotransplant am regulären Organaustausch teilgenommen. Zu dieser Einschätzung ist jetzt eine Expertenkommission gekommen, die vor einem Jahr eingesetzt wurde, um von Mitarbeitern der Charité ausgehende diesbezügliche Vorwürfe zu klären. Wie der Staatssekretär der Wissenschaftsverwaltung, Erich Thies, dazu auf eine parlamentarische Anfrage hin mitteilte, gibt es dem Bericht zufolge auch keinen Anhalt dafür, daß Hirntoderklärungen vorzeitig erfolgt sind. Demzufolge habe auch keine Explantation bei Lebenden stattgefunden. Zwar habe die Ärztekommision den Eindruck gewonnen, daß vereinzelt Schwerstkranke vorrangig mit dem Anliegen der Organspende zur Charité transportiert worden sind, doch sei es in keinem der kritischen Fälle zu einer Organentnahme gekommen. Der Verdacht, es seien Nieren, Herzen und Lebern für eine privilegierten Empfänger zugedachte „Organbank“ entnommen worden, wurde von dem Gremium rein medizinisch widerlegt. *ADN/ND v. Okt. 92 — (A.B.)*

Ost-Kommunen gegen  
Energiekonzerne

**Stendal/Sachsen-Anhalt.** Am 27. 10. 92 hat die erste Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts wegen der Verfassungsbeschwerde von 164 Städten und Gemeinden der ehemaligen DDR stattgefunden. Ziel der 1991 eingereichten Verfassungsbeschwerde ist es, die 1990 von der damaligen DDR-Regierung und der Treuhand abgeschlossenen Stromverträge für grundgesetzwidrig erklären zu lassen. In den Stromverträgen war acht westdeutschen Konzernen eine Kapitalmehrheit an 15 Bezirks-Energiekombinaten zugesichert worden. Den Kommunen wurde lediglich eine Beteiligung von höchstens 49 Prozent an den Regionalversorgern eingeräumt.

Die Kommunen aus der ehemaligen DDR leiten ihren Anspruch auf Übertragung der örtlichen Energieerzeugungsanlagen sowie Verteilungseinrichtungen aus dem Kommunalvermögensgesetz ab, das im Juli 1990 durch die damalige De-Maiziere-Regierung in Kraft gesetzt, im Rahmen des Einigungsvertrages allerdings modifiziert wurde. Die Frage, ob die im Artikel 26 Grundgesetz verankerte Selbstverwaltungsautonomie der Städte und Gemeinden auch die Stromversorgung umfaßt, stand im Mittelpunkt der Verhandlung des Zweiten Verfassungsgerichtssensats.

Die Vertreter der Kommunen untermauerten in Stendal ihre Forderung nach kommunaler Selbstverwaltung bei der Energieversorgung. Sie wollen selbst entscheiden, ob sie Verträge mit regionalen Stromversorgern abschließen oder

nicht. Vor allem größere Städte haben die Bildung von Stadtwerken vollzogen oder eingeleitet, mit denen sie die Stromversorgung in eigene Regie übernehmen wollen. Der Geschäftsführer der Stadtwerke Stendal machte geltend, daß die Stadt allein aus der Differenz zwischen Kauf- und Verkaufspreis pro Jahr einen Verlust von sieben Millionen DM hinnehmen muß, weil sie die Stromversorgung nicht in die eigene Hand nehmen kann. Vertreter anderer Kommunen verwiesen auf den Zeitdruck, der auf der Klärung des Streits lastet. Wenn die Probleme nicht bald geklärt würden, gerate die Versorgung mit Fernwärme vielerorts in Gefahr.

Die Bundesregierung sieht die kommunale Selbstverwaltung durch die bestehenden Stromverträge nicht verletzt. Die ostdeutschen Kommunen seien vielmehr durch die unentgeltliche Übertragung von 49 Prozent des Kapitalanteils besser gestellt als westdeutsche Kommunen.

Ein Urteil des Gerichts wird für Anfang nächsten Jahres erwartet. Ob sich die Ost-Kommunen nach der ersten Verhandlung auf ein Kompromißangebot einlassen, das die Gründung eigener Stadtwerke und die unentgeltliche Übertragung der örtlichen Versorgungsanlagen beinhaltet, ist noch offen. Offenbar sind die westdeutschen Energiekonzerne daran interessiert, eine gerichtliche Entscheidung zu umgehen.

Quelle: *Goslarsche Zeitung v. 28. 10. 92, Handelsblatt v. 28. 10. und 30. 10. 92; — (mio)*

Antrag auf Bürgerbegehren  
in Berlin-Hellersdorf

**Berlin.** Am 29. Oktober trafen sich die Initiatoren eines Antrages auf ein Bürgerbegehren im Stadtbezirk Berlin-Hellersdorf. Der Antrag beinhaltet die von der Mietergemeinschaft, dem Mieterverein, dem Komitee für Gerechtigkeit, dem Neuen Forum, den Grünen/AL und der PDS gleichermaßen erhobene Forderung nach öffentlicher Kontrolle und bezirklicher Aufsicht über die Wohnungsbaugesellschaft mbH Hellersdorf. Alle Organisationen und Parteien sind bereit, diese Initiative sowohl personell als auch inhaltlich zu unterstützen. Sie stellen ihre Kräfte zur Verfügung, um Unterschriften in Hellersdorf für den Antrag zu sammeln. Im Hellersdorfer Bürgerbegehren wird die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) aufgefordert, die Zuständigkeit des Landes Berlin für die Wohnungsbaugesellschaft nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung dem Bezirk Hellersdorf zu übertragen. Es wird gefordert, daß die BVV die Kontrollrechte der Gesellschaftsversammlung wahrnehmen kann und die Mitglieder des Aufsichtsrates sollen nicht vom Finanzsenator ernannt, sondern von der BVV gewählt werden. Auch die Mieter selbst sollen im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sein. Die Initiatoren des Antrages sprechen sich gegen die Mieterhöhungspläne der Bundesregierung und für die Mietentwicklung entsprechend Einkommensentwicklung aus.

aus: *Berliner Linke, Nr. 45, 1992 — (A.B.)*



**Erfurt.** Auf Empfehlung des Wissenschaftsrates hat die Landesregierung Thüringens die Schließung der Medizinischen Akademie Erfurt (MAE) beschlossen. Der Akademie fehle die für ein Medizinstudium notwendige Vorklinik. Außerdem sei Thüringen mit zwei Hochschulkliniken „übersorgt“. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Ausbau der Medizinischen Fakultät in Jena, obwohl er die MAE für eine konkurrenzfähige, wissenschaftlich leistungsfähige Einrichtung hält. Aus finanziellen Gründen soll stattdessen ein Krankenhaus der Maximalversorgung entstehen. Gegen den Beschluß der Landesregierung wurden 30 000 Unterschriften gesammelt, 15 000 demonstrierten am 12. 11. vor dem Landtag, und 12 Studierende befinden sich seit dem 9. 11. im Hungerstreik. Trotz dieses beeindruckenden Protestes, der bereits zum Rücktritt des Erfurter Oberbürgermeisters als stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden geführt hat, bleibt die Landesregierung bei ihrem Beschluß. — (har)

Privatisierung der Eigenbetriebe  
Preise rauf — Leistungen runter

**D**er Berliner Senat plant die Privatisierung aller Eigenbetriebe. Dieses Vorhaben gehört neben dem Abbau von mindestens 25 000 Stellen im öffentlichen Dienst und einer sogenannten „Verwaltungsreform“ zu den wesentlichen Maßnahmen, mit denen auf längere Sicht eine Entlastung des Berliner Haushaltes erreicht werden soll. (1)

1970 existierten in Berlin (West) noch zehn Eigenbetriebe. Bis zum diesjährigen Sommer wurden fünf insbesondere kleinere Eigenbetriebe privatisiert bzw. mit anderen Eigenbetrieben fusioniert: AMK (Ausstellungs- und Messegesellschaft), SBV (Staatliche Brennstoffversorgung), Berliner Entwässerungswerke, Vieh- und Schlachthof, KPM (Königliche Porzellanmanufaktur).

Immer wieder gab es in den 80er Jahren Versuche seitens CDU und FDP, das Berliner Eigengesetz zu ändern, weil es — alles in allem — relativ fortschrittlich ist in bezug auf die Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte und sozialer Errungenschaften der Beschäftigten.

Am 18. Juni hat das Berliner Abgeordnetenhaus die Privatisierung der letzten fünf großen Eigenbetriebe eingeleitet. Es beschloß die Umwandlung der GASAG in eine Aktiengesellschaft und den Verkauf von 24,8 % des Kapitals an Private. Darüber hinaus hatten sich CDU und SPD darauf verständigt, bis 1995 alle restlichen Eigenbetriebe zu

privatisieren. Diese Entscheidung fiel, obwohl weder Konzepte noch Gutachten über die Zweckmäßigkeit von Privatisierungen vorlagen.

Für rund 50 000 Beschäftigte werden die Privatisierungen Auswirkungen in arbeitsrechtlicher Hinsicht haben. Für rund 3 Millionen Kunden bzw. Konsumenten der Eigenbetriebsleistungen sind Preissteigerungen, insbesondere durch die dann zu erhebende Mehrwertsteuer, und Leistungsverlechterungen zu erwarten.

Neben finanziellen Entlastungen des Landeshaushalts durch Einnahmen aus dem Verkauf von Anteilen an Private, die nur einmalig anfallen, versprechen sich die Politiker wohl auch eine politische „Entlastung“ hinsichtlich kommender Wahlen. Denn einen gewissen Einfluß hatten die bis jetzt von den jeweils regierenden Parteien beschlossenen Preiserhöhungen auf das Ergebnis von Wahlen schon gehabt. Den Vorwurf der staatlichen Preistreiberei können sie dann jedenfalls weitergeben.

Die ÖTV hat umfangreiches Material zu den geplanten Privatisierungen der Eigenbetriebe BeHaLa (Hafenbetriebe), BSR (Stadtreinigung), BVG (Verkehrsbetriebe) und BWB (Be- und Entwässerungswerke) erarbeitet und ein Gutachten anfertigen lassen, mit welchem sie die vorgebrachten Argumente für Privatisierung widerlegt und eigene Vor-

schläge für eine Reform ohne Privatisierung unterbreitet. (2) Mit Unterschriftensammlungen und Flugblattaktionen versucht sie, den Widerstand gegen das Vorhaben des Senats zu stärken. Einzelne Aktionen von Beschäftigten der Eigenbetriebe hat es bereits gegeben. (3)

Für die ÖTV ist es besonders bitter, daß die SPD maßgeblich an den Privatisierungsplänen beteiligt ist. Bisher schien man sich einig in der Beurteilung kommunaler Betriebe und hat frühe Pläne seitens CDU und FDP gemeinsam verhindert. Zu Beginn ihrer Broschüre erinnert die ÖTV deshalb nachdrücklich an Positionen Ernst Reuters zu diesem Thema. Mit der Aufgabe dieser reformerischen Position begibt sich die SPD zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre in einen scharfen Konfrontationskurs zu den Gewerkschaften. (4)

Eine Privatisierung der Eigenbetriebe hätte darüber hinaus für die ÖTV Berlin und den öffentlichen Dienst weitreichende Folgen. Etwa ein Drittel der ÖTV-Mitglieder Berlins sind aus den Eigenbetrieben. Sie sind die kampfstärksten Bereiche. Die ÖTV versucht auch deshalb mit aller Kraft, einen endgültigen Privatisierungsbeschluß zu verhindern, indem sie dazu beiträgt, den Zeitpunkt so nah wie möglich an die nächsten Wahlen zu rücken. Nachfolgend dokumentieren wir aus den Veröffentlichungen der ÖTV. — (har)

## Flugblatt der ÖTV

Nach dem Willen der CDU/SPD-Koalition sollen noch in 1993 die Berliner Eigenbetriebe in Aktiengesellschaften (AG) umgewandelt und anteilig an Private verkauft werden.

Diese Privatisierung und das Verscheln der Betriebe kommt den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt teuer zu stehen:

Saftige, völlig unnötige Preis- und Gebührenanhebungen sind die Folge dieser verfehlten Politik. Allein Müllabfuhr und Abwasser werden um ca. 10 Prozent teurer. Weitere Preiserhöhungen und Leistungseinschränkungen werden folgen.

Das wollen wir verhindern — helfen  
Sie uns dabei.

Noch in der Koalitionsvereinbarung aus Januar 1991 wurde den Wählern der Erhalt und der Ausbau der Berliner Eigenbetriebe versprochen.

Knapp 2 Jahre später stehen die Verantwortlichen vor einem Scherbenhaufen: Durch Fehlentscheidungen oder fehlende Entscheidungen

— steht die Stadt vor dem Verkehrsinfarkt, — werden Leistungen eingeschränkt, — werden wichtige Investitionen verschoben, — wird die Umwelt unnötig belastet. Das macht die Menschen in unserer Stadt berechtigt „sauer“.

Ihren Unmut kriegen aber nicht die Verantwortlichen, sondern Busfahrer, Straßenreiner und die anderen Beschäftigten der Betriebe ab.

Während sie die Prügel für eine verfehlte Politik beziehen, wollen sich die Politiker durch die Privatisierung aus der Verantwortung für die Ver- und Entsorgung Berlins, den öffentlichen Nahverkehr und Umweltschutz stehlen.

Mit dem Zauberwort „Privatisierung“ werden bei den Kunden Hoffnungen geweckt, daß Leistungen erweitert und Preise gesenkt werden.

Unterschlagen wird dabei, daß allein Müll und Abwasser „automatisch“ um die Mehrwertsteuer teurer werden. Öffentliche Betriebe sind für diese Leistungen von der Steuer befreit.

Allein die Umwandlung in eine AG führt zur Steuerpflicht. So würde z.B. eine private Stadtreinigungs-AG jährlich ihre Kunden mit ca. 150 Millionen DM Steuern belasten. Die Preise bei Müll und Abwasser würden um ca. 10 % in die Höhe getrieben.

Schon jetzt fallen wichtige Leistungen dem Rotstift zum Opfer. Allein bei der BVG sollen fast 4 000 Arbeitsplätze wegfallen — der Verkehrsinfarkt in unserer Stadt ist vorprogrammiert.

Wenn die Betriebe erst privatisiert sind, werden alle Leistungen, „die sich nicht rechnen“, entweder eingestellt oder aus öffentlichen Kassen bezahlt.

So werden die Gewinne privatisiert — Verluste zahlen dagegen wir alle.

**Wir wollen** den öffentlichen Nahverkehr so attraktiv machen, daß immer mehr Autofahrer auf Busse und Bahnen umsteigen.

**Wir wollen** unseren Kunden eine völlig unnötige Preisanhebung ersparen. Leistungen für unsere Umwelt müssen ausgebaut werden.

**Wir wollen** leistungsfähige Binnenhäfen für Berlin, damit mehr schwere Güter von der Straße auf die Wasserwege umgeleitet werden.

**Wir wollen** daß die Berliner Eigenbetriebe modernisiert und nicht privatisiert werden.

**Die Beschäftigten von BehaLa, BSR, BVG, BWB**

## Wortbruch

„Mit dem Beschluß vom 16. Juni 1992 wird nicht nur die Entkommunalisierung eingeleitet, sondern auch die selbst geschaffene Vertragsgrundlage der Großen Koalition verlassen.“

In der Koalitionsvereinbarung vom 23. 01 1991 heißt es:

„Ziel der Eigenbetriebspolitik muß sein, daß die wirtschafts-, arbeitsmarkt- und umweltpolitischen Möglichkeiten der Berliner Eigenbetriebe voll ausgeschöpft werden ... Eine über die im Zusammenhang mit der Zusammenführung der Betriebe hinausgehende Novellierung des Eigenbetriebesgesetzes ist nicht beabsichtigt.“

Die Eigenbetriebe sollen dahingehend überprüft werden, ob ihnen mehr wirtschaftlicher Handlungsspielraum eingeräumt werden kann. Die Landeshaushaltsordnung (LHO) und deren Durchführungsvorschriften sind daraufhin zu überprüfen.“

Bis heute wurde diesem Auftrag des Parlaments durch die Regierung nicht entsprochen ...

## Folgen für Beschäftigte

„Die Privatisierung der Eigenbetriebe hat direkte Folgen für die Arbeitnehmer/-innen dieser Betriebe. Ihr Beschäftigungsverhältnis mit dem Land Berlin wird in ein Beschäftigungsverhältnis mit einem privaten Unternehmen umgewandelt. Ihr Recht auf Beschäftigung und Fortgeltung der bisherigen Arbeitsbedingungen und Bezahlung ist gemäß § 613a BGB für ein Jahr gesichert. Danach gelten die neu verhandel-

ten Tarife und ggfs. neue Betriebsvereinbarungen. Diesem Übergang ihres Arbeitsverhältnisses können sie widersprechen. Sie haben Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung bei ihrem bisherigen Arbeitgeber, dem Land Berlin. Für die Betroffenen bedeutet dies allerdings, daß sie auf einen vom öffentlichen Arbeitgeber angebotenen vergleichbaren Arbeitsplatz ... in Berlin wechseln müßten. Die bisherigen Bindungen im Betrieb gehen so verloren.“

Für die im privatisierten Betrieb verbleibenden Arbeitnehmer gelten die tarifvertraglich geregelten Arbeits- und Einkommensbedingungen weiter, wenn der Betrieb seine Mitgliedschaft in den öffentlichen Arbeitgeberverbänden ... aufrechterhält ...

Da ... eine Privatisierung gegen die Arbeitnehmer/-innen praktisch nicht durchzusetzen ist, werden auch hier nach dem Motto „vielen wird es besser, keinem wird es schlechter gehen“ wenig konkrete, aber scheinbar hoffnungsfroh stimmende Erwartungen erweckt.

Von „leistungsorientierter Bezahlung“ wird gesprochen und verheimlicht, daß ein wesentliches Ziel der Privatisierung gerade das einer umfangreichen Personalkostenreduzierung ist ... Seit Jahren wird doch der Privatisierungsdruck im öffentlichen Dienst damit begründet, daß besonders die Tätigkeiten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen in der Privatwirtschaft billiger zu haben sind. Bei einer Vollprivatisierung würde daher gerade diese Tätigkeiten Ziel von Personalkostenenkungen sein

Bei der Umwandlung der GASAG in eine AG wurden durch einen Personalüberleitungsvertrag die Besitzstände der bisher dort Tätigen gewahrt. Allein die Wahrung dieser Ansprüche wurde von der Eigentümerseite als großes Zugeständnis gewertet.

Erwartungen im Hinblick auf bessere betriebliche Leistungen konnten dagegen nicht erfüllt werden. Insofern mag dieser Vertrag desillusionierend wirken und den Arbeitnehmer/-innen der übrigen Eigenbetriebe aufzeigen, welche Wirkungen erwartet werden können und welche nicht.“ (2)

(1) Vgl. *Politische Berichte* 21 vom 9. 10. 92.  
(2) Modernisieren statt Privatisieren I — Fakten, Hintergründe und Positionen: II — Studie zur Modernisierung des Eigenbetriebsrechtes, Sept. 1992; (3) Anfang Oktober wurde z.B. ein Betriebshof der BVG dadurch lahmgelegt, daß sämtliche Zündschlüssel der Busse verschluckt waren; (4) 1990 scheiterte ein Hungerstreik der Kita-Erzieher für einen Tarifvertrag über Personalbemessung an der Haltung der SPD.



# Um eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte bemüht

Die parteinahe Stiftung der PDS „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ bemüht sich um eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte. Mit Siegerpose versuchen Politiker und Medien die grundsätzlich anders zur BRD verlaufene Geschichte der DDR als verwerflich, undemokratisch, inhuman und die Norm brechend zu disqualifizieren. Einer tatsächlichen Untersuchung dessen, was die DDR wirklich war, was sie zu sein schien, was sie vielen Menschen bedeutete, worunter sie litt, wird möglichst kein Raum in der offiziellen Politik gegeben.

Der damit verbundenen Zerstörung der Identität vieler Menschen, die in der DDR lebten und den damit verbundenen Gefahren will der Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ als parteinahe Stiftung der PDS mit einer Veranstaltungsreihe wenigstens partiell entgegen wirken. „Meine Biografie in dieser Zeit“ stellt Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur vor und befragt sie nach ihrem politischen Gewordensein, ihrer Sicht auf DDR-Geschichte, Wendezeit und deutscher Gegenwart. Natürlich bleiben auch persönliche Zukunftsvisionen nicht ausgespart.

Die Anziehungskraft dieser Reihe besteht sicher darin, daß die Besucher der Veranstaltungen die Sicht der vorgestellten Persönlichkeiten mit ihrer eigenen in kritische Beziehung setzen können und der mitunter schmerzhaften Prozess des Bekennens zur eigenen Identität gemeinsam vorgebracht wird. Mit den zum Teil sehr unterschiedlichen Biogra-

fien der Gesprächspartner eröffnen sich Einsichten in sehr verschiedene Bereiche gesellschaftlicher Vergangenheit und Wirklichkeit. Zu Gast waren bisher unter anderem Hermann Kant (Schriftsteller), Hans Modrow, Heidrun Hegewald (Malerin), Werner Eberlein (ehemaliges Politbüromitglied der SED), Christa Luft (ehemalige Wirtschaftsministerin), Inge Stolpen (Publizistin aus Hamburg und stellvertretende PDS-Vorsitzende), Gustav-Adolf Schur (ehemaliger Radrennweltmeister), Peter Althaus (ehemaliger Professor an der Charité) und Günter Maleuda (ehemaliger Volkskammerpräsident und Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands).

Ermöglicht durch den Erfolg dieser Reihe führte der Verein zusammen mit dem Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ am 2. und 3. Oktober 1992 eine Konferenz zum Thema „Gelebte Geschichte – Deutsche Biografien im Widerstreit“ durch. Zwei Foren, vier Gesprächswerkstätten, umrahmt von thematischen Ausstellungen – die eine zu den Biografien der Familien Wolf und Ebert und die andere zeigte DDR-Karikaturen – standen auf dem Programm und zogen ca. 400 Interessenten an.

In einem Einführungsstatement bekannte Prof. Manfred Kossok (Leipzig) auch Unsicherheit bei der Suche nach dem richtigen Umgang mit Geschichte. Doch diese Schwierigkeiten, die er mit Millionen Menschen teile, seien ein Ergebnis des ruhmlosen Abgangs der politischen Klasse der DDR, eingeschlossen

ihre Historiker. Aber Geschichte kenne keine Stunde Null und lasse sich weder entsorgen, noch könne man vor ihr fliehen.

Eine fatale deutsche Tradition, daß Geschichtsschreibung den vermeintlichen Siegern überlassen wird, darf nicht weiter zugelassen werden, und es wird höchste Zeit, so Kossok, die Traumatisierung über die gemeinsame Niederlage zu überwinden. Dies wurde dann in den Foren: „Deutsche Wege persönlicher Alternativen und Entscheidungen in der deutschen Nachkriegszeit“ und „Vaterland, Heimat – für und wider“ sachlich und auch emotionsgeladen begonnen.

In den Werkstätten:

– „Jung sein in der Zeit des kalten Krieges“,  
– „Familienschicksale“ (die Schicksale der Familien Wolf und Ebert wurden von Familienmitgliedern vorgestellt),  
– „Frauen in gesellschaftlichen Umbrüchen“ und  
– „Ich war Mitarbeiter des MfS“ wurden mehr im Detail mit zahlreichen Fakten, mit Zeitgefühlen und unter Berücksichtigung weltpolitischer Kalküle persönliche Motivationen für politisches Handeln in die geschichtlichen Zusammenhänge gestellt.

Für Teilnehmer und Veranstalter ein beeindruckendes Ereignis! Der Moderator des Abschlußforums, Jan Carpentier (Journalist), brachte es auf den Punkt: „Was Besseres, als ein paar neue Ideen und etwas Streit im Kopf zu haben, kann uns ohnehin nicht passieren.“ – (E.W.)

## Verein Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.

Der Verein ist eine unabhängige, gemeinnützige, private, kulturelle Institution. Die Ideen und Wertbezüge, die der Arbeit des Vereins zugrunde liegen, stimmen überein mit wesentlichen Überzeugungen und Werten, zu denen sich linke, sozialistische Strömungen bzw. Bewegungen in Deutschland bekennen. In seiner jetzigen Gestalt wurde der Verein im November 1990 ins Leben gerufen. Er verfolgt mit der Förderung von politischer Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit ausschließlich gemeinnützige Zwecke.

Die Aufgaben des Vereins sind u. a.

- öffentliche politische Bildungsarbeit mit einem breiten Themenangebot,
- Aufbau und Unterhaltung von Bildungs- und Begegnungsstätten,
- Förderung von Kontakten und Projekten im internationalen Bereich.

Dem eingetragenen Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ gehören international anerkannte WissenschaftlerInnen und bekannte PolitikerInnen an wie Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, Senator Jan Leclercq, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski, Prof. Dr. Klaus Steinitz, Prof. Dr. Helga Hörz, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Dr. André Brie, Prof. Dr. Rolf Reißig, Dr. Thomas Klein, Dr. Heinz Jung, Dr. Dietmar Wittich, Prof. Dr. Dieter Klein, Prof. Dr. Michael Brie, Prof. Dr. Christa Luft u. a.

Der Verein bietet in seinem Programm ein breites Themenspektrum. Programme sind zu erhalten in der Geschäftsstelle des Vereins: Rigauer Straße 27, O-1035 Berlin, Tel. 030/588 7883

## PDS wendet sich gegen Benachteiligung

Die PDS hat sich gegen eine finanzielle Benachteiligung ihrer parteinahen Stiftungen durch den Bund gewandt und Finanzmittel analog anderen derartigen Einrichtungen gefordert. Ein entsprechender Antrag soll in dieser Woche im Bundestag behandelt werden. Gegen die Ablehnung des Antrages laufe eine Verfassungsbeschwerde, teilte die Partei mit. Die PDS hat aus den Stiftungszuschüssen des Bundes in Höhe von 209 Millionen Mark im laufenden Jahr kein Geld erhalten. Nach Angaben eines PDS-Sprechers wurde ein Zuschuß von 9,5 Millionen Mark beantragt, wie er auch dem Stiftungsverband Regenbogen (Grüne) zugesprochen wird. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung wie auch die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung haben demgegenüber jeweils 60,6 Millionen Mark erhalten. Die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU-nahe) und die Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP-nahe) erhielten jeweils 26 Millionen Mark Unterstützung. Der PDS-Sprecher teilte der Öffentlichkeit mit, daß sich die PDS-nahe Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ bislang nur über Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie ABM-Mittel aufrechterhalten hat. ADN/ND v. II. 92

# Die Berliner Großdemonstration

An der Demonstration in Berlin am 8. November haben ca. 350 000 Menschen teilgenommen. Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ demonstrierte eine unübersehbare Menschenmenge zum Berliner Lustgarten im Stadtbezirk Mitte. Eine, zumindest von der CDU geplante, nationale schwarz-rot-goldene Demonstration fand jedoch nicht statt, vielmehr ein wahrer Protestzug gegen Rassismus und für die Beibehaltung des Artikel 16 des Grundgesetzes.

Dieses wohl wichtigste Resultat stellte sich ein ungeachtet der Tatsache der Beteiligung führender Repräsentanten des Staates und der Parteien, darunter auch des Bundespräsidenten. Die führenden Politiker vermochten auch durch ihre Anwesenheit dem Demonstrationszug keine andere Ausrichtung zu geben. Dies ist umso bemerkenswerter, als daß doch die Regierungskoalition in Bonn und die SPD eine Diskussion zur Aufhebung des im Artikel 16 GG garantierten Asylrechts führen.

Ein weiteres wichtiges Resultat ist, keine der großen Parteien konnte einen prägenden Einfluß auf die Demonstration ausüben. Es war einfach so gut wie niemand gekommen in der Absicht, sich irgend einem Parteiblock anzuschließen. Stattdessen dominierten andere gesellschaftliche Zusammenschlüsse und Institutionen wie Sportvereine, sonstige Vereine, Schulen, Nachbarschaftsinitiativen, Abteilungen aus Betrieben usw. Dies hatte sich bereits in den Tagen zuvor angedeutet. In vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurde die Beteiligung an der Demonstration zuvor diskutiert, Verabredungen getroffen und Schilder und Spruchbänder vorbereitet. Auch die Gewerkschaften standen wie die Parteien dabei im wesentlichen außen vor.

Nur wenige erwarteten von der Kundgebung noch über die Demonstration hinausgehendes. Die allermeisten hatten sich wohl schon damit abgefunden, auf dem Kundgebungsplatz anzukommen, wenn alles vorbei ist. Genau das trat auch ein. So kam es, daß der überwiegende Teil der Demonstrationsteilnehmer erst zu Hause per Fernsehen erfuhr, was sich auf der Kundgebung selber abgespielt hat. Natürlich waren die Bilder unterlegt mit teilweise hysterischen Kommentaren. Randalen, Steinwürfe, Angriff auf Bundespräsidenten und Angriff auf die Kundgebung, waren die Schlagwörter. Und natürlich bilde-

ten sich die Eindrücke vieler entsetzter Teilnehmer auf der Basis der Kommentare der Fernseh- und Rundfunksprecher. Was war geschehen?

Autonome und Antifaschisten hatten sich verabredungsgemäß in kleinen Gruppen in den vordersten Reihen der Kundgebung eingefunden. Dieses Vorgehen war geplant, um einer befürchteten schwarz-rot-goldenen Ausrichtung der Schlußkundgebung entgegenzutreten zu können. Man wollte den „Brandstiftern aus Bonn“ Paroli bieten. Durch den Verlauf der Demonstration war allerdings eine völlig andere Lage als die befürchtete eingetreten. Die versammelten Autonomen und Antifaschisten waren leider außerstande, diese Lage zu realisieren. So kam es zum Eklat.

Die Kundgebung wurde bereits nachhaltig gestört, als der Brief jener Quedlinburgerin verlesen wurde, die verdienstvoll sich um den Schutz eines Asylbewerberheimes bemüht hatte. Weizsäckers Rede wurde ununterbrochen gestört. Viele Kundgebungsteilnehmer empfanden das Tun der Autonomen als Angriff gegen sich selbst bzw. gegen ihr Engagement.

In den folgenden Tagen beruhigte sich die Diskussion. Die Meldungen über Steinwürfe entpuppten sich als Falschmeldungen. Einige Kommentatoren in den Medien wiesen sogar auf die Unter-

schiede zwischen Eierwerfen der Autonomen und den brutalen Überfällen auf Asylbewerber seitens der Faschisten hin.

Dennoch sind die Resultate der Abschlußkundgebung nicht gut. Die antifaschistische Bewegung gerät in die Defensive. Die Demagogen, die zielstrebig „Rechts- und Linksradikale“ in eins setzen, bekommen Oberwasser. Autonome und Antifaschisten gefährden durch ihre Aktion ihren Ruf als Teil des Bündnisses gegen Faschismus und Rassismus. Eine Erklärung in der taz vom 10. November behauptet sogar die moralische Überlegenheit der Autonomen gegenüber der Masse der Kundgebungsteilnehmer. Hoffentlich waren die Autoren dieser Erklärung nicht mehr als eine verwirrte und etwas zu mediengeile Wohngemeinschaft. Die Autonomenvollversammlung jedenfalls in den Tagen nach der Demonstration blieb ohne Ergebnis.

Die Spekulationen über die Rolle der Sicherheitskräfte und deren Führung halten an. Tatsache ist, die Planung der autonomen Kräfte war der Polizei bekannt. Mehrere hundert Zivilpolizisten waren in den ersten Reihen der Kundgebung. Der Ausfall der Lautsprecheranlage und der enorm kurze Abstand zwischen Redner und Kundgebung sind für eine Veranstaltung dieser Größenordnung sehr ungewöhnlich. – (br)



# Armes (D) Treuhand!

Am 1.3.1990 wurde auf Beschluß des Ministerrates der DDR die Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums, kurz „Treuhandanstalt“, gegründet. Die Regierung der Maiziere beschloß am 17.6.1990 das Treuhandgesetz, und am 1.7.1990 erfolgte die Umwandlung aller volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften, die der Treuhand unterstellt wurden. Die Treuhand untersteht seit diesem Zeitpunkt ihrerseits dem Finanzministerium in Bonn. Aus dieser Konstellation folgt, die Treuhand verwaltet im Namen des Staates Bundesrepublik Deutschland das ehemalige Volkseigentum der DDR.

Der Treuhand wurden nach Schätzungen der Modrow-Regierung 900 Mrd. Mark übergeben. Die Treuhand hat daraus bis heute ein Minus von 240 Mrd. DM produziert. Dabei wurden bisher nur die Filetstücke verkauft, die schwer verkäuflichen Teile sind noch zu haben, d.h. der Schuldenberg ist erst noch am Wachsen. In der Öffentlichkeit wird ständig unterstrichen, daß es in der Geschichte noch keine vergleichbare ökonomische Operation gleichen Umfangs gegeben hat. Das ist richtig, in mehrfacher Hinsicht. Ein Verlust in einer solchen Größenordnung in einer Aktiengesellschaft hätte nicht nur den sofortigen Ruin des Managements zur Folge, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch ein Verfahren wegen Veruntreuung. Davon ist bei der Treuhand keine Rede, im Gegenteil. Das bedeutet doch im Klartext nichts anderes, als daß die Treuhand die ihr von der Regierung übertragene Aufgabe zur Zufriedenheit der Regierung ausgeführt hat und weiter ausführt. Die DDR-Wirtschaft wurde und wird mit dem Segen und zur Zufriedenheit der Bundesregierung verkauft! Und wer hat sie gekauft?

Es ist ein offenes Geheimnis, daß aus allen großen deutschen Konzernen Leute mit politischem und wirtschaftlichem Profil in die Vorstandsetagen der Treuhand geschickt wurden. Wessen Interessen werden sie dort wohl vertreten haben? Die Interessen der ehemaligen DDR-Bürger sicher nicht und die Interessen der Masse der Steuerzahler in der gesamten BRD sicher auch nicht! Die Beispiele, die das belegen, bilden eine lange veröffentlichte Liste. Das einfache Resümee lautet: Wenige haben gewonnen, viele haben einzuzahlen.

Die Geldwechselstelle hieß und heißt Treuhand. Der Umfang, in dem Geld den Besitzer wechselt, ist wirklich einmalig in der Geschichte, solche Gewinne sind in den letzten hundert Jahren nur in Kriegzeiten in die Kassen derer geflossen, die Kriegsmaterial hergestellt haben. Diese und andere wirtschaftliche und soziale Abläufe sind die wesentlichen

Ursachen für den wiederentstehenden Nazismus und die wachsenden sozialen Spannungen. Der Versuch, Ausländern und anderen Minderheiten dafür den Schwarzen Peter zuzuschieben, ist ein Spiel mit dem Feuer! Jetzt wird nach einer Verschärfung der Gesetze gerufen. Die Staatsmacht soll eingreifen. Gewalt des Staates gegen Gewalt, die aus ungelösten sozialen Problemen entspringt.

Wirtschaftlich sind die Interessen so eindeutig bestimmt, daß es praktisch nicht möglich ist, die Reichen dazu zu bewegen, sich sozial zu verhalten. Das daraus entspringende Verfahren ist vor allem ehemaligen DDR-Bürgern bestens bekannt.

In der DDR war der Imperialismus immer und überall schuld. Jetzt gilt offensichtlich die Umkehrung. Nicht die falschen politischen und wirtschaftlichen Konzepte der Bundesregierung haben zuerst zu der bestehenden Lage geführt, nein, es sind allein die Hinterlassenschaften des „realen“ Sozialismus.

Die DDR-Wirtschaft war eben noch schlechter, als es vorher zu erkennen war. Die Arbeit der Treuhand spielt bei der Bewertung der jetzigen Lage keine Rolle. Weitere Argumente sind auch nicht viel besser. Die Ostmärkte sind zusammengebrochen, die Russen bezahlen nicht. Lieferungen, die für die ehemaligen GUS-Staaten vorgesehen waren, werden nicht abgenommen. Wie, so fragt sich jeder denkende Mensch, sollen denn die Russen bezahlen, wenn sie vorher alle Waren praktisch gegen von ihnen produzierte Rohstoffe erhalten haben und jetzt DM bezahlen sollen?

Zur Lösung dieses Problems liegen keine wirklich brauchbaren Konzepte vor. Es ist nicht einmal auszuschließen, daß die durch die Treuhand in der ehemaligen DDR erprobten Konzepte direkt oder in abgewandelter Form bei der „Förderung“ der russischen Wirtschaft zur Anwendung kommen sollen. Das voraussetzende Ergebnis ist dann wahrscheinlich auf die Unfähigkeit der Russen zurückzuführen, die Marktwirtschaft zu verstehen.

Viel Vertrauen in diese Konzepte scheint die deutsche Wirtschaft nicht zu haben. Jetzt sollen die ehemaligen DDR-Betriebe ihre Produkte zuerst auf den westlichen Märkten verkaufen. Die sind aber mit Waren aller Art gesättigt und bis auf wenige Ausnahmen bedeutet dies, es müssen andere Produzenten vom Markt verdrängt werden. Der Weg ist eine neue Sackgasse. Der Ausweg wäre, den Reichtum des Landes so zu verteilen, daß es für alle reicht. Möglich wäre das schon, aber die, die darüber praktisch verfügen, sehen das sicher ganz anders, wie sich am Beispiel der Treuhand zeigt. – (W.T.)

Die Bundesjustizministerin hat Bernd Röbner „Strafaustrast“ gewährt. Das ist der Ersatz für eine Entscheidung des Bundespräsidenten, die trotz fester Zusage nicht gekommen ist. Statt einer politischen Entscheidung liegt nun eine vor, die die Notwendigkeit einer politischen Antwort des Staates auf die Gefangenensfrage, aber auch auf die RAF, unterschleichen will. An der staatlichen Haltung uns gegenüber hat sich damit nichts geändert. Diese Entscheidung macht politisch nichts auf.

Im Januar '92 war der damalige Bundesjustizminister Kinkel mit der Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, von seiten des Staates politische Bewegung in das Verhältnis zu uns reinzubringen. Eine 22-jährige gesellschaftsrelevante Konfrontation hat ganz einfach auch ihre faktische Evidenz geschaffen, der nur noch Dummköpfe ihren politischen Gehalt bestreiten können. Das war durch aus neu, gehörte es doch zur politischen Schizophrenie dieser Jahre, das Politische dieser Situation im Interesse ideologisch-propagandistischer Positionen wegzubeten. Es kam allerdings schon Jahre zu spät.

Wir hatten 1989 in unserem damaligen Hungerstreik um Zusammenlegung bereits versucht, die politisch und auch militärisch festgefessene Situation zu öffnen und eine neue Entwicklung zu ermöglichen. Die RAF hatte, wie ihr nicht-militärisches Verhalten bewies, diesen Versuch mitgetragen. Vom Staat allerdings war das nur als unsere Schwäche ausgelegt worden, wieder einmal lehnten sie sich zurück, wieder einmal sahen sie sich kurz vor dem großen Sieg. So traten sie nach dem Abbruch des Hungerstreiks auch nur nach: die Verweigerung der Zusammenlegung wurde festgeklopft, neue Kampagnen gegen uns oder unsere Anwälte inszeniert, neue Zellenrazzien und das Einleiten neuer Prozesse. Nach außen weiter der alte Repressionsbetrieb. Das Ergebnis war die Fortsetzung der militärischen Konfrontation.

Kinkel dann am Jahresanfang, „mit den Sicherheitsbehörden abgestimmt“, schien endlich ein Anzeichen dafür zu sein, daß auch der Staat sich der politischen Realität stellen will. Allerdings kam kurz nach dieser „Initiative“ von den gleichen „Sicherheitsbehörden“ die erste Rücknahme: Die BAW zog ihren selbstproduzierten „Kronzeugen“ Nonne aus

## „Das Alte wird fortgesetzt . . .“

Erklärung von Karl-Heinz Dellwo, Gefangener aus der RAF

der Tasche und versuchte, jedes politische Vorgehen zu durchkreuzen.

Auch ansonsten blieb die „Kinkel-Initiative“ ihren Realitätsbeweis schuldig. Wäre sie ernst gemeint gewesen, hätten ihr Schritte zur Zusammenlegung folgen müssen. Im vollständigen Fehlen dessen war bereits ausgedrückt, daß auch die „Kinkel-Initiative“ weiter auf der Prämisse der Zerstörung der Gruppe basierte. Daran wird sich natürlich nichts entwickeln.

Im April kam dann die Erklärung der RAF, Angriffsoperationen auszusetzen zugunsten des Einleitens eines politischen Prozesses. Die Gefangenen haben das durch die Erklärung von Irmgard Möller bekräftigt. Diesen Schritt der RAF muß man eindeutig als Versuch sehen, aus der Illegalität heraus das neu in Gang zu setzen, womit die Gefangenen 1989 gegen die dumpe Haltung der Macht gescheitert waren. Mit weiteren Erklärungen hat die RAF inzwischen ihre Entscheidung bekräftigt und vertieft. Damit war auch die Frage des bewaffneten Kampfes offen gemacht und eine Situation hergestellt, wie es sie zuvor noch nie gegeben hat.

Die unmittelbaren öffentlichen Reaktionen darauf — läßt man mal Politiker wie Däubler-Gmelin oder Penner beiseite, ebenso die CSU, von der nichts anderes zu erwarten ist — waren teilweise von der Erkenntnis getragen, daß es auf diesen qualitativen Schritt der RAF eine entsprechende Antwort geben muß. Gekommen ist sie nicht.

Stattdessen wurde nur taktiert. Während von Stahl z.B. öffentlich erklärte, die Gefangenen müßten nicht abschwören oder ihre Geschichte denunzieren, versuchte der zuständige OLG-Senat Günter Sonnenberg im Anhörungsverfahren genau dazu zu zwingen. Gegen die sofortige Freilassung von Bernd Röbner wurden immer neue Schwierigkeiten geschaffen. Wurde der RAF-Schritt im April in den öffentlichen Stellungnahmen noch begrüßt, erklärte die neue Bundesjustizministerin unter Ausschluss der Öffentlichkeit im August den Anwälten: „Es wird keine politische

Entscheidung geben“, „keine ZL“ und: „Machen Sie den Gefangenen keine Hoffnungen“. Verbunden war das mit dem Verlangen, daß das nicht öffentlich wird. Eine vollständige Absage, aber ohne politische Kosten — wie immer die Strategie des maximalen Profits! Darüber hinaus zieht die BAW nicht nur ihre neuen Verfahren durch, die ein neues aggressives Moment in die Situation bringen; sondern sie führt sie auch mit der öffentlich dargelegten Absicht, die Freilassung von bestimmten Gefangenen auf mindestens die nächsten zehn Jahre zu verhindern. Als könnte das aufgehen!

Das war die staatspolitische Antwort auf die RAF-Erklärung, und sie hat nur ein „Signal“: Das Alte wird fortgesetzt, nur diesmal unter dem Schein von „Normalisierung“ der Situation. Während die RAF Raum und Zeit für eine Entwicklung außerhalb des auch staatlicherseits festgefessenen Kriegsverhältnisses geöffnet hat, wird der Raum von Staatsseite wieder zugemacht und die Zeit verspielt. Während RAF und Gefangene einen Prozeß politischer Diskussion angestoßen haben, in dem auch selbstkritisch über unsere Geschichte reflektiert wird, wird von der Staatsseite die eigene Vergangenheit tabuisiert. Aber 22 Jahre Ausnahmezustand und Ausnahmesituation auf allen Gebieten gegen uns werden nicht durch ein Übergleiten in einen scheinnormalen Zustand aufgehoben.

Wir hatten keine irrationalen oder unerfüllbaren Anforderungen gesetzt. Uns war klar, daß es ein längerer Prozeß ist, an dessen Ende die Freiheit der politischen Gefangenen steht und eine Lösung für darüber hinausgehende Fragen. In der Erklärung von Irmgard Möller stand, daß niemand von uns davon ausgeht, daß die Freiheit aller Gefangenen von heute auf morgen umgesetzt werden kann, aber es muß für alle und alles eine Perspektive in einem überschaubaren Zeitraum geschaffen werden.

Sofort möglich für den Apparat und die Politik war die Freiheit aller haftunfähigen Gefangenen, das Einleiten bei denen, die über 15 Jahre inhaftiert sind,

und jener Widerstandsgefangenen, die schon jetzt zwei Drittel ihrer Haft hinter sich haben. Für die anderen als Übergangslösung zu ihrer Freiheit die ZL. Zu den notwendigen Schritten von Staatsseite gehört auch die Mehrfachanrechnung der Isolationshaft. Nichts ist gelau-  
fen.

Trotz dessen hatten wir noch auf die angekündigte Entscheidung zu Bernd Röbner gewartet, um danach für alle, die über 15 Jahre in Haft sind, Entlassungsanträge zu stellen. Das sind in Lübeck: Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby; hier in Celle Lutz Taufer, Knut Folkerts und ich. In Bochum betrifft es Stefan Wisniewski. Verbunden damit war die Bereitschaft zu den Anhörungen, und es ist auch klar, auf was wir uns dort einlassen und auf was nicht: keiner von uns wird nach seiner Freilassung zum bewaffneten Kampf zurückkehren. Wir hatten das im April bereits gesagt: Aus den tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen Umbrüchen ist eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich. Der Schritt der RAF war überfällig und hat die Suche nach der Neubestimmung systemoppositiver Politik erleichtert.

Keiner von uns aber wird in diesen Anhörungsverfahren eine Auseinandersetzung über unsere Geschichte, unser Selbstverständnis oder das, was ein emanzipatorischer Prozeß — individuell wie auch gesellschaftlich — in der Zukunft sein kann, führen. Diese Auseinandersetzung ist öffentlich, und wir suchen darin eine neue Grundlage für die Zukunft. Wir werden uns mit diesen Gesellschaftsverhältnissen nicht versöhnen. Wir wollen auf anderer Ebene gegen die kapitalistischen Verhältnisse für deren fundamentale Umwälzung weiter kämpfen. Die Lebensverhältnisse hier und im Trikont lassen für uns nichts anderes zu.

An der Entlassungsfrage Bernd Röbner hätte sich eine politische Zäsur auf der Staatsseite artikulieren können. Nach dem Inhalt der nun getroffenen Entscheidung können wir nur noch fest-

stellen, daß sie diese politische Bedeutung nicht mehr hat. Denn die jetzige Entscheidung besagt, daß die weitere Behandlung aller Fragen nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach an die Justiz abgegeben worden ist. Jene wird aus ihrer ideologischen und normativen Fixierung heraus erst recht nicht die Entscheidung treffen, zu denen die Politik offensichtlich nicht willens ist.

Natürlich soll jede/r raus, die/der raus kann. Irmgard Möller sitzt im 21. Haftjahr. 17 Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Vietnamkrieg vollstreckt die Bundesregierung immer noch die Rache an denen, die auf seiten dieses vom imperialistischen Genozid bedrohten Volkes gegen diesen Krieg gekämpft haben. Das steht symbolhaft für die Zustände hier: Die vom System gehaltene Vergangenheit wütet in ihrer Logik und in ihrem Sinngehalt immer weiter fort. Mit nichts gibt es einen Bruch. So kann alles auch immer neu wiederkommen: Dafür stehen die Neo-Nazis, dafür steht auch der Namensgeber der „Kinkel-Initiative“, der, kaum zum Außenminister geworden, seinen Vietnamkrieg in Kurdistan mitführt. So setzt sich auch im Innern die Logik ihrer Staatsschutzdemokratie fort. So können wir auch nur feststellen: Wie jedesmal in der Vergangenheit, so ist auch dieser Versuch von uns, eine andere Entwicklung einzuleiten, gemeinsam von Politik und Apparat substantiell aufgefressen worden.

Wir werden das mit den Anhörungsverfahren weitermachen, aber wir sagen auch: Es gibt grundsätzlich gegenüber den Gefangenen und der RAF von seiten des Staates keine offene politische Situation mehr. Sie hängen immer noch der Absicht nach, uns als Gruppe politisch zu zerstören.

Wir sagen aber auch: Auch wenn alles eine Neubestimmung erfahren muß — die Geschichte im bewaffneten Kampf ist Teil unseres Lebens. Er selber ist Teil des weltweiten linken Aufbruchs ab Mitte der 60er Jahre. Es wird niemandem gelingen, diese Geschichte auszulöschen und unseren Zusammenhang zu sprengen. Unsere Entscheidung, daß jetzt die Entwicklung eines politischen Prozesses auf neuer Grundlage für uns Priorität hat, ist eine kollektive, und so muß auch damit umgegangen werden. Alles andere wird nicht aufgehen.

Celle, Ende Oktober  
Karl-Heinz Dellwo

## „Weg mit dem Stempel!“

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener gegründet

sollen die Neuroleptika an sich selber ausprobieren! Die Ausbildung der Psychiater muß sie dazu befähigen, Hilfe bei der Verarbeitung des Psychoerlebens zu geben. Mehr Gesprächstherapie! Mehr Psychologen als Psychiater! Die Bezugspersonen sollen die gleichen bleiben! Die „Menschenwürde“ muß erhalten bleiben! Keine Abstempelung als „seelisch krank“! „Es geht uns nicht darum: Wie gehe ich mit meiner Psychose um? Wie lebe ich mit meiner Schizophrenie?“, Sondern: „Was hat zu meiner Psychose geführt? Was hat mir mein Psychoerleben zu sagen? Welchen Sinn hat es für mich? Was muß ich ändern?“

Es ist also eine Debatte unter denjenigen zustande gekommen, die bislang aufgrund ihrer psychischen Verfassung z.T. über Jahre, z.T. immer wieder in der Psychiatrie „verschwinden“ sind und dort „behandelt“ wurden. Im Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener sind ausschließlich Einzelpersonen organisiert, um zu verhindern, daß auch Nicht-Erfahrene Mitglieder werden. Dieser Zusammenschluß bringt die klassische Psychiatrie gehörig unter Druck und verlangt von ihr auch eine Überprüfung der wissenschaftlichen Grundlagen der Psychoseforschung.

In der Präambel zum Satzungsentwurf heißt es: „Die Gründer und Gründerinnen dieses Bundesverbandes rufen alle Psychiatrie-Erfahrenen auf, sich auf Orts-, Länder- und Bundesebene zusammenzuschließen, um ihre eigenen Sichtweisen und Erfahrungen mit der Psychiatrie in all ihren Formen zum Ausdruck zu bringen, eigene Ziele und Forderungen in der Öffentlichkeit zu formulieren und ihre Interessen durchzusetzen.“

Sie treten dafür ein, daß  
— die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte auf Schutz der Menschenwürde und Persönlichkeit auch

für sie, insbesondere bei Anwendung psychiatrischer Maßnahmen, Geltung haben,  
— die Hilfsgarantien im Sozialrecht auch für sie umfassende Gültigkeit bekommen,  
— sie in die zukünftige Planung und den Aufbau psychosozialer und psychi-

atrischer Hilfeangebote auf allen Ebenen als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner einbezogen werden.  
Sie verstehen sich dabei ausdrücklich auch als InteressenvertreterInnen derjenigen, die aufgrund jahrzehntelanger Hospitalisierungen in Anstalten und Heimen die Arbeit des Bundesverbandes

## Ziele des Bundesverbandes

**Hamburg, 1992.** Wir fordern eine subjektorientiert-empirische Psychiatrie, die von unseren Erfahrungen als Patienten und unserem Erleben im Zusammenhang mit unserer Lebensgeschichte ausgeht, die Hilfe zur Verarbeitung unseres Erlebens anbietet und unsere Bedürfnisse berücksichtigt.

Die bisherige aus der Organmedizin übernommene Beobachtung unseres von der Norm abweichenden Verhaltens und unserer Symptome entwertet uns Patienten zu beobachteten und behandelten Objekten. Die in der Regel nur medikamentöse Symptomverdrängung zwingt uns dazu, unser Erleben als nur „krank“ von uns selber abzuspalten und verunsichert zu bleiben, bis es erneut aufbricht und unser Selbstvertrauen als „psychisch krank“ weiter untergräbt. Die erkrankte Seele hat aber ebenso wie der körperlich Kranke ein Recht auf Heilung und nicht nur auf eine Symptomverdrängung mit oft irreversiblen Schäden als Nebenwirkungen.

**Wir fordern daher für den stationären Bereich:**

**Als Therapieangebot:**  
— klärende Gespräche: Unterstützung zum Selbstverständnis in Einzel- und Gruppengesprächen, um unsere Psychose-Erfahrungen in unsere Biographie integrieren zu können ...  
— Beschäftigungs- und Kunsttherapie;

Körpertherapie und Entspannungsübungen; Tanz- und Musiktherapie  
— Arbeitstherapie (sie muß angemessen bezahlt werden)

Diese Angebote müssen ausgeweitet werden, und ihre Teilnahme muß freiwillig sein.

**Zur medikamentösen Behandlung:**

— keine Zwangsbehandlung  
— genaue Aufklärung über Wirkungen/Nebenwirkungen  
— sorgfältiger Umgang mit Psychopharmaka, Vermeidung von Überdosierungen  
— keine aufgezwungene Dauermedikation mit Psychopharmaka ...

— Hinwirken auf einen Umgangsstil, der uns nicht demütigt, sondern uns die Persönlichkeit und die Menschenwürde läßt

— Zustimmungspflicht zu ärztlichen Behandlungsmaßnahmen wie bei körperlich Erkrankten

— Aufklärung über unsere Rechte als mündige PatientInnen

**Um unsere Rechte als mündige PatientInnen zu gewährleisten, fordern wir**

— endlich die gesetzlich verbürgte Gleichstellung der psychisch erkrankten Menschen mit den körperlich Erkrankten.

— Patientenführsprecher der Kliniken und der einzelnen Stationen, auch der Aufnahmestation, und Ombudsleute

nicht aktiv mitgestalten, wohl aber in der Meinungsbildung vor Ort mitbegleiten.“

**Psychose-Erfahrung . . .**

„Veronika T., Jhg. 1965: Es war Nacht. In meinem Zimmer wurde alles rot — Bett, Stuhl, Badezimmer, wohin ich auch ging.“

Alles in meiner Wohnung war rot. Ich schaute in den Spiegel, und mein Spiegelbild war der Teufel. Ich hatte mich aber im Aussehen nicht verändert.

Fortsetzung Seite 11 oben

— Vermittlung von Rechtsbeiständen und unabhängigen Gutachtern  
— Aufnahme von Betroffenen in die Klinik-Kontroll-Kommission der Länder und in die Ethikkommissionen und beratenden Gremien  
— Aufdeckung von Mißständen bei Zwangseinweisungen (Fixierungen), in der Psychopharmakabehandlung, bei der Einrichtung von Vormundschaften und Pflegschaften  
— Entlarvung sog. „therapeutischer Maßnahmen“ als Disziplinierungsmaßnahmen (Ausgangs- und Telefonsperre, Verlegungen usw.)  
— Recht auf Verteilung von Informationszeitschriften ohne Zensur in Kliniken und anderen psychiatrischen Einrichtungen ...  
— Wiedereingliederungs-Hilfen in Beruf und Arbeit  
— Keine Weitergabe von Patienten-Daten an die Polizei, keine psychisch kranken Menschen in Polizei-Computer  
— Aufklärung der Öffentlichkeit und der Fachleute auf der Grundlage der eigenen Erfahrungen, um dem diskriminierenden Stempel „psychisch krank“ entgegenzuwirken, z.B. Informations- und Erfahrungsaustausch ...  
**Unser Ziel bleibt:**  
— Auflösung der Großanstalten  
— Flucht- und Rückzugsmöglichkeiten in „Weglauf-“ und „Soteria-Häusern“ (Einrichtungen ohne oder mit geringer Neuroleptikabehandlung, d. Red.)  
— Auflösung der Zwangspsychiatrie

Am 9./10.10.1992 trafen sich ca. 300 Psychiatrie-Erfahrene in der größten Psychiatrischen Klinik in Westdeutschland. Sie gründeten in Bedburg-Hau (Nordrhein-Westfalen) den „Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener“. Handelt es sich hierbei um eine Ansammlung von „Psychiatrie-Opfern“ oder einen „Selbsthilfverband“? Welche Ziele verfolgen sogenannte Psychiatrie-Erfahrene?

Ende April 1991 trafen sich zum ersten Mal etwa 120 Psychiatrie-Erfahrene im Kloster Irsee zu dem Thema: „Psychiatrie — Patienten brechen ihr Schweigen — Wie wollen Psychiatrie-Patienten behandelt werden?“ Bei der Nachlese zu dieser Veranstaltung am 25. Mai 1991 beschlossen sie, die Gründung des „Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener“ zu betreiben. Die folgenden Textauszüge stammen im wesentlichen aus dem Buch *Stimmenreich, Mitteilungen über den Wahnsinn*, Th. Bock ... (Hrsg.) — Bonn, Psychiatrie-Verlag, 1992.

Dorothea Buck aus Hamburg, geb. 1917, Bildhauerin, Mitbegründerin des Verbandes und Psychiatrie-Erfahrene berichtet: „Kloster Irsee bei Kaufbeuren — von 1849 bis 1972 Kreis-Irren-Anstalt. Bekannt und berüchtigt durch ihre fettlose Hungerkost, durch die im Dritten Reich weit über 2000 ihrer Patienten allmählich zu Tode gehungert oder durch überdosierte Medikamente vergiftet wurden. Vorher — bis Ende August 1941 — waren die Menschen von hier aus in die Vernichtungsanstalten Hadamar, Grafeneck und Hartheim verlegt und in den dortigen Gaskammern erstickt worden ...“

Hier, wo Ärzte und Pflegenden ihre Patienten als „lebensunwertes Leben“ umbrachten, finden sich, ... 46 Jahre danach, heutige Psychoseerfahrene und auch wir damalige, die wir diese düstere Geschichte unserer Psychiatrie miterlebten, zur ersten Tagung für Betroffene zusammen.“

Das erste Ergebnis der Tagung sind einige Forderungen an die Psychiatrie: „Keine Medikamente unter Zwang. Man muß die Wahl haben, Neuroleptika zu nehmen oder nicht. Die Psychiater





Versteht man unter Philosophie eine bestimmte Form reflexiv-kritischen Verhaltens angesichts sozialer Probleme, dann führt die Geistesgeschichte von Diogenes und dem antiken Marktplatz über die neuzeitliche Sozialphilosophie bis zu einem Denker wie Günther Anders. Definiert man aber Philosophie als akademische Disziplin, die ihrerseits Begriffe in Hinblick auf deren logische Verwertbarkeit jenseits von Gut und Böse zu definieren hat, würde Anders sicherlich nicht als Philosoph gelten. Und offensichtlich weist der akademische Betrieb Anders seinen Platz außerhalb des philosophischen Diskurses zu; systematisch und mit beharrlicher Permanenz wird sein Werk ignoriert, welches die zweibändige „Antiquiertheit des Menschen“, philosophische Tagebücher, Arbeiten zu Hiroshima und Kernenergie ebenso umfaßt wie literarische Arbeiten, zum Beispiel den Roman „Die molussische Katakomben“, geschrieben in den frühen 30ern, aber erst in diesem Jahr veröffentlicht, dem Jahr von Anders' 90. Geburtstag.

Um zu sehen, wo dieses Verhältnis zwischen der Philosophie Anders' und der akademischen Philosophie seine Wurzeln hat, scheint es sinnvoll zu sein, einen Blick in Günther Anders' Leben zu werfen: Anders, der ursprünglich Stern hieß, wurde 1902 in Breslau geboren; er studierte bei Husserl, Cassirer und Heidegger. Es sollte schon an dieser Stelle erwähnt werden, daß die meisten der Anders' schen philosophischen Schlüsselbegriffe mit und gegen Heideggers Philosophie entstanden sind. Unter dem Druck der Nazis emigrierte Anders nach Paris, später in die Vereinigten Staaten, wo er in Kontakt mit Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Bert Brecht und Thomas Mann stand.

### Widerstand gegen Heidegger

In dieser Zeit veröffentlichte Anders zwei Artikel über Heidegger, negativ vom Einfluß Heideggers beeindruckt, den dieser selbst auf linke Intellektuelle wie Sartre oder Marcuse hatte. Obwohl Heideggers Verhalten zum und im Faschismus sehr fragwürdig war, sieht Anders „die Existenzphilosophie (als) Philosophie der absoluten Vereinzelung“ (1), weiter als Produkt „des Zerfalls der Solidarisation“ nach dem zweiten Weltkrieg. Die Geburtskonstellation der Existenzphilosophie war: „Die Bewegung wurde geboren im Schatten des Ersten Weltkrieges, um zu einem europäischen Ereignis zu werden in den Trümmerhaufen des Zweiten.“ (2) Man kann diese frühen Auseinandersetzungen mit Heidegger nicht allein mit den Ergebnissen des Faschismus betrachten — Auschwitz zwingt dazu, über Geschichte nicht länger als rationalen Fortschritt nachdenken zu können —, sondern ebenso mit dem Faktum des Atom-bombenabwurfs auf Hiroshima am 6. August 1945, was zu der traurigen Gewißheit führte, un-

# Die allerletzten Nachrichten aus Molussien Die Gelegenheitsphilosophie Günter Anders'

widerrufflich im Atomzeitalter zu leben.

Seit 1950 lebte Anders in Wien, initiierte die internationale Anti-Atom-Bewegung, war engagiert gegen den Vietnamkrieg und publizierte sein Hauptwerk „Die Antiquiertheit des Menschen“. Darin entwickelt er die These, daß die modernen Technologien zu einer Unstimmigkeit zwischen Herstellen und Vorstellen führen. Das heißt zum Beispiel, daß etwas mit einem Hammer zu produzieren und sich dabei vorzustellen, was man herstellt, noch nicht im Widerspruch steht; hingegen kann man sich nicht mehr vorstellen, was beim Herstellen von Elektrizität mit Atomkraft geschieht. Das Problem ist für Anders, daß dieser Mangel nicht abschaltbar erscheint, denn die Menschheit kann ihr Wissen nicht vergessen. Technologie mag zerstörbar sein, aber nicht das Wissen über die chemischen und physikalischen Prozesse, mit dem die Technik jederzeit wieder aufgebaut werden kann.

### Postmoderne und Molussien

Nicht zuletzt nimmt Anders in seinem Hauptwerk viele kritische Gedanken der sogenannten Postmoderne vorweg, wie etwa Baudrillards These, daß die gesamte materielle Welt nur noch eine immaterielle Simulation der Realität ist. Schon 1956 schreibt Anders über „Die Welt als Phantom und Matrix“ (3), daß wir die Welt nicht mehr länger erfahren, sondern die Welt uns über das Fernsehen nach Hause geliefert wird. Anders' Werk scheint sich als Herausforderung sowohl für die Postmoderne als auch die kritische Theorie aufzudrängen; aber der akademische Außenseiter Anders bekommt seine Aktualität ebenso mit der derzeitigen deutschen Politik. Während die akademischen Intellektuellen schweigen, veröffentlicht Anders zur rechten Zeit seinen sogenannten antifaschistischen Roman „Die molussische Katakomben“.

Der Roman ist eine prognostische Reflexion über den Aufstieg der nationalsozialistischen Diktatur; es ist die literarische Antizipation von dem, was auch vor 33 in der Welt nicht stimmte und sich als inhuman zeigte. Das Buch ist demnach eine „negative Utopie: das ist der Nicht-nicht-Ort — also allemal noch die Wirklichkeit“. (4) Aber diese Wirklichkeit ist unsichtbar. Der Ort der Romanhandlung ist, wie der Titel verspricht, eine Katakomben, Molussien selbst ist ein fiktives Land Anders'. „Ob Molussien es weiß oder nicht — Molussien, das über uns ist, laut, hell und blind, nicht mehr als zehn Fuß über uns, aber unerreichbar entfernt durch eine zehn Fuß starke Mauer — hier im Keller ist die wahre Geschichte Mo-

lussiens aufbewahrt.“ (5) Die katakombische Wirklichkeit ist eine unsichtbare, „denn das Gewölbe kannte nur Worte, aber es hatte kein Aussehen“. (6) Deshalb muß die wahre Geschichte durch Erzählungen überliefert werden, erzählt von den Gefangenen Olo und Yegussa. Olo, der Ältere, gibt die verborgene Geschichte weiter an Yegussa, den Jüngeren, aber nicht als große Universalgeschichte, sondern als viele kleine Geschichten — eben Erzählungen. Diese literarische Methode ist der Brechtschen Lehrstücktheorie ähnlich, aber eben nur ähnlich, weil es hier überhaupt keine Sichtbarkeit gibt wie im Theater, sondern nur akustische Wahrnehmung.

„Auch du wirst die Wahrheit weitertragen, und vielleicht wird sie in hundert oder in zweihundert Jahren nach oben gebracht werden, damit die Stadt wisse, welche Bewandnis es mit ihr habe.“ (7) Und tatsächlich: das Buch endet mit der Revolution in Molussien, obwohl es keinen Hinweis gibt, daß die Revolution erfolgreich war. Diese Verwirrung scheint beabsichtigt. Sie fällt mit dem Tod der Protagonisten zusammen, mit der Unge-wißheit, ob Olo nicht die ganze Zeit eine Erfindung Yegussas war — oder umgekehrt, daß es schließlich so scheint, daß Yegussa am Anfang des Romans schon tot war. Man muß sich noch einmal den Ort des Geschehens vergegenwärtigen: es ist eine Katakomben, also auch ein Platz, an dem die Gebeine der Toten aufbewahrt werden.

Anders beschreibt die unterirdische Geschichte, die in den Katakomben der heutigen Gesellschaft vergraben ist, aus drei Perspektiven.

Zunächst finden sich in dem Buch soziologische Theoreme: die Gefangenen sind Mitglieder der „Paria“ (8), womit Entrechtete gemeint sind, Proletarier ebenso wie vom Antisemitismus oder Rassenhaß Betroffene. Oder, um ein weiteres Beispiel zu geben, Anders läßt die Gefangenen die Beziehung von Mensch und Technik erörtern, seine „Antiquiertheit“ vorwegnehmend: „Die Herstellung des Menschen kennt keinen Fortschritt, und sein Typus bleibt altertümlich. Der Fortschritt, den man lobt, ist der Fortschritt der Dinge; sie sind Geschichte. Zurückgeblieben, unwandelbar und träger Rest im Siegeszug der Technik ist der Mensch.“ (9).

Zweitens ist die „Molussische Katakomben“ eine Auseinandersetzung mit der damaligen Philosophie, insbesondere der Heideggers. In einem der schon erwähnten Aufsätze resümiert Anders über Heidegger polemisch: „Heideggers Konkretheit fängt hinter dem Hunger an und hört vor der Ökonomie und der Maschine auf. In der Mitte sitzt das ‚Dasein‘ herum, hämmert sein ‚Zeug‘ zurecht und zeigt damit



Oben: Günther Anders. Unten: Günther Anders (links) auf einer Pressekonferenz des Russell-Tribunals 1967, mit Jean Paul Sartre.

„Sorge“ und die Renaissance der Ontologie.“ (10)

Diese Kritik an Heidegger erscheint auch in der „molussischen Katakomben“, jedoch versteckt. Man mag sich zum Beispiel über den Namen des molussischen Philosophen Regedie wundern. Aber wenn man das Wort umdreht und ein „H“ und ein „g“ hinzufügt, wird es klar: Heidegger. Wie im obigen Zitat durchschimmert, ist Anders' Kritik an Heidegger, daß dieser mit einem erschlichenen Begriff von Alltäglichkeit philosophiert, daß dieser nach einem geschichtslosen Sein und Dasein fragt, was pseudo-konkret und unsocial ist. Heidegger, das heißt Regedie, „redete vom Menschen überhaupt, wo er speziell von Sklaven hätte reden müssen“. (19) Wenn Heidegger Nietzsches Satz „Werde, was Du bist“ benutzt, (129), dann im Sinne eines statisch ontologisierten Daseins, das nicht lebt und nicht traurig ist, keine Freunde hat, keine Lohnarbeit verrichtet, sondern einfach da ist. Anders benutzt den Satz in der Version „Werde, der Du bist“ (13) und rekurriert damit auf die soziale Lage des Menschen, auf seine Interessen und sein Bewußtsein. Hier sieht man zugleich auch

die dritte Ebene, die die vergessene Geschichte in der Katakomben ausgräbt; diese Perspektive betrifft die „Methodologie“ der Veränderung der Welt, macht „Die Molussische Katakomben“ zum, wie es heißt, „Handbuch der Wahrheit“, zum Werkzeug. (14) Es ist nicht nur Trotzis Gedanke einer permanenten Revolution, wenn es heißt: „Die Revolution beginnt einen Tag nach dem Siege der Revolution“ (15), denn wir müssen erinnern, daß dieses von Gefangenen gesagt wird, die nie die Gelegenheit zur Revolution haben werden, die nicht einmal in einer einfachen Heideggerischen Alltäglichkeit leben.

Und das bezeichnet zugleich auch die gegenwärtige Lage der Intellektuellen: gefangen im vermeintlichen Denken, versäumen sie die Gelegenheiten, die Notwendigkeit von Kritik zu reformulieren. Anders tat es, seine Philosophie nennt er deshalb eine Gelegenheitsphilosophie. „Darunter verstehe ich etwas, was auf den ersten Blick wie ein Umding aussehen muß, wie eine hybride Kreuzung aus Metaphysik und Journalismus: ein Philosophieren nämlich, das die heutige Situation, bzw. charakteristische Stücke unserer heutigen

Welt zum Gegenstande hat.“ (16) Das führt uns in die molussische Katakomben zurück. Die letzte Meldung Olos und Yegussas lautet: „Hofft nicht und betet nicht, sondern tut.“ (17) Und sicher: diese Meinung, die auffordert, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, paßt nicht in den akademischen Betrieb. — (rob)

#### Quellen:

- 1) Günther Anders, Nihilismus und Existenz, in: Die Neue Rundschau, Oktober 1946, Heft 1, S. 48;
- 2) ebd., S. 51
- 3) Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, München 1961, S. 97 ff.
- 4) Konrad Paul Liessmann, Die Herrschaft der Lüge; in: ders., Günther Anders kontrovers, München 1992, S. 88
- 5) Anders, Die molussische Katakomben, München 1992, S. 17 (MK)
- 6) MK, S. 15
- 7) MK, S. 17
- 8) Das Wort Paria oder auch pariah (engl.) leitet sich aus dem tamilischen Wort „Paraiyan“ ab, was Menschen der unteren Kasten bezeichnet.
- 9) MK, S. 222
- 10) Anders, On the Pseudo-Concreteness of Heidegger's Philosophy, in: Philosophy and Phenomenological Research, März 1948, Heft 3, S. 347
- 11) MK, S. 124
- 12) Martin Heidegger, Sein und Zeit, Pfullingen 1986, S. 145
- 13) MK, S. 124
- 14) MK, S. 10
- 15) MK, S. 177
- 16) Anders, Antiquiertheit, a.a.O., S. 9
- 17) MK, S. 306

#### Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerrufflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....  
Straße: .....  
Postleitzahl/Ort: .....  
Konto-Nr./BLZ: .....  
(Bank) (Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

24/92

#### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226. Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 300. Bezugsbedingungen (ab 1.1.93): Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo

78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,30 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Köstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, der AG Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antichristliche Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig veranlagt: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

#### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rgb.), 8000 München 2  
für Bezieher aus Ostdeutschland  
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz